

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

48. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 24. Juni 1971

Tagesordnung

1. Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereiche der Moosache
2. Änderung des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen
3. Suchtgiftgesetznovelle 1971
4. Änderung des Hausbesorgergesetzes
5. 9. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz
6. Übereinkommen (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken
7. Bericht der Bundesregierung betreffend Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft und Empfehlung (Nr. 133)
8. Bericht der Bundesregierung betreffend die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
9. Änderung des Postgesetzes
10. Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für 1970
11. Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene
12. Erste Lesung: Gefahrenstellenbeseitigung

Inhalt

Personalien

Entschuldigung (S. 3620)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dr. Broesigke (960/M, 961/M), Glaser (959/M, 975/M), Ing. Hobl (979/M), Egg (981/M, 987/M), Breiteneder (962/M), Dr. Hauser (963/M), Regensburger (907/M), Meißl (886/M, 878/M), Lukas (950/M), Linsbauer (971/M), Libal (951/M), Ing. Scheibengraf (992/M), DDr. König (973/M), Pölz (993/M) und Vollmann (901/M) (S. 3620)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 3633 und S. 3662)

Verhandlungen

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (407 d. B.): Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereiche der Moosache (505 d. B.)

Berichterstatter: Kinzl (S. 3633)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3634)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (404 d. B.): Änderung des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen (495 d. B.)

Berichterstatterin: Maria Metzker (S. 3634)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3635)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (423 d. B.): Suchtgiftgesetznovelle 1971, und über den Antrag (68/A) der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen: Abänderung des Suchtgiftgesetzes 1951 (496 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Kerstnig (S. 3635)

Redner: Dr. Reinhart (S. 3636), Dr. Marga Hubinek (S. 3638) und Dr. Scrinzi (S. 3640)

Annahme der Suchtgiftgesetznovelle 1971 (S. 3641)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (427 d. B.): Änderung des Hausbesorgergesetzes (497 d. B.)

Berichterstatterin: Herta Winkler (S. 3641)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3642)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (442 d. B.): 9. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz (498 d. B.)

Berichterstatter: Horr (S. 3642)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3642)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (444 d. B.): Übereinkommen (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken (499 d. B.)

Berichterstatter: Hellwagner (S. 3642)

Genehmigung (S. 3643)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung (III-44) betreffend das Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft und die Empfehlung (Nr. 133) der Internationalen Arbeitsorganisation (500 d. B.)

Berichterstatter: Pansi (S. 3643)

Kenntnisnahme (S. 3644)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung (III-56) betreffend die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz (501 d. B.)

Berichterstatter: Windsteig (S. 3644)

Ausschußentschließung betreffend Gebarung der Bauern-Pensionsversicherung (S. 3644) — Annahme E 50 (S. 3644)

Kenntnisnahme (S. 3644)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (410 d. B.): Änderung des Postgesetzes (503 d. B.)

Berichterstatter: Windsteig (S. 3644)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 3645)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über den vom Bundesminister für Verkehr (III-57) vorgelegten Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970 (504 d. B.)
Berichterstatte: Suppan (S. 3645)
Kenntnisnahme (S. 3646)

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung (III-60) über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene (502 d. B.)
Berichterstatte: Herta Winkler (S. 3646)
Redner: Hanna Hager (S. 3647), Dr. Marga Hubinek (S. 3648), Dr. Scrinzi (S. 3653), Dr. Kerstnig (S. 3657) und Westreicher (S. 3659)

Kenntnisnahme (S. 3661)

Erste Lesung des Antrages (75/A) der Abgeordneten Ing. Helbich und Genossen: Gefahrenstellenbeseitigung

Redner: Ing. Helbich (S. 3661)

Zuweisung (S. 3662)

Eingebracht wurde

Antrag der Abgeordneten

Benya, Erich Hofstetter, Ing. Hobl, Skritek, Steinhuber und Genossen betreffend Novellierung des Einkommensteuergesetzes 1967 (85/A)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Heinz.

Fragestunde

Präsident: Wir kommen — pünktlich um 13 Uhr — zur Fragestunde.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: 1. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Broesigke (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

960/M

Werden Sie prüfen lassen, durch welche Maßnahmen der kriminalpolizeiliche Apparat im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien von Verwaltungshilfsdiensten entlastet werden kann, damit — was im Interesse der öffentlichen Sicherheit dringend geboten erscheint — mehr Kriminalbeamte als bisher für die Bekämpfung von Verbrechen zur Verfügung stehen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Inneres **Rösch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Darf ich zuerst vielleicht festhalten, daß diese Verwaltungshilfsdienste, die Sie in Ihrer Anfrage anführen, alle jene Hilfsdienste sind, die durch verschiedene Gesetze, Bundes- und Landesgesetze, in Vollziehung den Behörden aufgetragen sind.

Für diese Vollziehung benötigen die Behörden auch Organe. Dadurch kommt es dazu, daß auch diese Organe der Exekutive und des kriminalpolizeilichen Dienstes eine Reihe von Aufgaben durchführen müssen, die man dann

so allgemein als eine Art wesensfremde Aufgaben bezeichnet.

Wir haben aber nun gerade im Bereiche der Bundespolizeidirektion Wien, wo diese Klagen sehr häufig wurden, eine Untersuchung anstellen lassen und festgestellt, wieviel Zeit denn jetzt diese Arbeit überhaupt in Anspruch nimmt.

Dabei hat sich ergeben, daß es sich im Schnitt — natürlich bei dem einen Kommissariat mehr, bei dem anderen weniger — um 28 Amtshandlungen im Monat handelt, die man als solche Verwaltungshilfsdienste bezeichnen kann, wobei in erster Linie die Lenkererhebungen zu erwähnen sind und der zweite Teil Erhebungen im Rahmen des Vereins- und Versammlungswesens sind.

Für diese Tätigkeit wurde — wiederum im Schnitt gerechnet — pro Tag eine Zeit von 1 bis 1,5 Stunden aufgewendet. Wenn man es also von dieser Seite aus betrachtet, so, glaube ich, kann man nicht sagen, daß es eine Überbelastung wäre.

Trotzdem wurden nunmehr Untersuchungen angestellt, ob es möglich ist, zum Beispiel die Lenkererhebungen anders durchführen zu lassen. Daß man die Lenkererhebungen nicht von der Sicherheitswache durchführen lassen kann, ist selbstverständlich. Denn dann ist wieder die Klage: Wie macht man das, daß man die Sicherheitswachebeamten mehr auf die Straße bringt und weniger durch Verwaltungshilfsdienste belastet?

Die einzige, die korrekteste Möglichkeit wäre natürlich eine Gesetzesänderung. Diese ist aber schwer durchführbar. Es gibt jetzt einige Vorschläge, die zurzeit geprüft werden, ob man nämlich diese Lenkererhebungen von den Kriminalbeamten wegbringen kann. Das wäre die wesentlichste Entlastung für die Kriminalbeamten.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Bundesminister! Nach den von Ihnen bekanntgegebenen Ziffern würde es sich doch offensichtlich darum handeln, daß etwa ein Sechstel der Arbeitszeit, das ist umgerechnet 1 bis 1,5 Stunden pro Tag auf diese Nebenleistungen der Kriminalpolizei, von der allein ich ja in der Anfrage spreche, entfällt.

Bestünde die Möglichkeit, innerhalb des gesamten polizeilichen Apparates diese von Ihnen erwähnten Erhebungen von anderen Organen, die ja nicht eine besondere Spezialausbildung haben müssen, wahrnehmen zu lassen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch:** Diese Möglichkeit bestünde, wenn man zusätzliches Personal einstellt. Wir haben ja an sich nicht ein Personal, das, wenn ich mich so ausdrücken darf, überflüssig wäre. Eine zusätzliche Einstellung von Personal erscheint aber jetzt dadurch wieder fraglich, weil es eben nur für eine verhältnismäßig geringe Arbeitsleistung wäre.

Präsident: 2. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Glaser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

959/M

Werden auf den Autobahnen Zivilstreifen der Gendarmerie eingesetzt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zivilstreifen wurden im Bereiche der Landesgendarmeriekommanden für Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Tirol eingesetzt. In Niederösterreich sind sie wieder fast abgestellt worden, in Oberösterreich, Salzburg und Tirol werden sie verhältnismäßig intensiv durchgeführt.

Präsident: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser:** Herr Minister! Meine Frage lautete ja nicht, in welchen Bundesländern, sondern wie weit auf den Autobahnen Zivilstreifen eingesetzt werden.

Ich selbst bin in der Situation, praktisch jede Woche mindestens einmal die Westautobahn Salzburg—Wien beziehungsweise umgekehrt zu benützen, und zwar als Fahrer, und mache dabei natürlich meine Beobachtungen. Um nicht etwa in eine Situation zu kommen, wie es dem Herrn Verteidigungsminister gegangen ist, mit einer Erklärung, die man pauschaliert hat, möchte ich von vornherein feststellen, daß meiner Beobachtung nach der überwältigende Teil aller Kraftfahrer die Verkehrsvorschriften, die Verkehrszeichen und so

weiter beachtet, daß es aber immer wieder ein ganz kleiner und verschwindender Prozentsatz von Fahrern ist, der sich weder um Überholverbote noch um Geschwindigkeitsbegrenzung noch um sonst etwas kümmert. Taucht aber irgendwo ein Exekutivfahrzeug, also konkret ein Gendarmeriefahrzeug oder die weiße Kappe eines Gendarmen auf, dann kann man 100prozentig damit rechnen, daß sich jeder entweder an das Überholverbot oder an die Geschwindigkeitsgrenze und so weiter hält.

Meine Zusatzfrage lautet daher: Welche Erfahrungen — nach Ihrer ersten Antwort offenbar in negativer Hinsicht — wurden gemacht, daß man nun daran denkt, Zivilstreifen wieder abzuschaffen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch:** Darf ich zunächst folgendes sagen, Herr Abgeordneter: Ich habe Ihnen deshalb die Bundesländer genannt, weil ja für den Einsatz die Bundesländer zuständig sind und nicht das Innenministerium. Gemeint ist in Ihrer Anfrage der Einsatz auf den Autobahnen, also auf den Autobahnen in diesen Bundesländern.

Ich darf zweitens sagen: Ich bin mißverstanden worden; ich glaube aber nicht, daß ich gesagt habe, daß die Zivilstreifen abgeschafft werden sollen. Das Bundesland Niederösterreich hat erklärt, es verwendet keine Zivilstreifen. Ich habe keinen Einfluß auf die Entscheidung des Landes. Das Land sagt: Wir brauchen sie nicht! Zum Unterschied von den Bundesländern Salzburg und Tirol, die erklären, daß sie damit hervorragende Ergebnisse erzielen, und die weiterhin diese Zivilstreifen einsetzen wollen.

Ich darf also noch einmal sagen: Von mir aus gesehen könnte ich sie gar nicht abschaffen, weil ich kein Recht dazu habe. Mir ist auch nicht bekannt, daß die Bundesländer Oberösterreich, Salzburg und Tirol sie einstellen wollen. Lediglich Niederösterreich hat von dem Einsatz der Zivilstreifen Abstand genommen.

Präsident: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser:** Herr Minister! Mir ist natürlich bekannt, wer darüber verfügt. Aber umgekehrt kann ich ebenso annehmen, daß dem Ressortleiter bekannt ist, in welcher Form, von wem und mit welchen Ergebnissen die ihm unterstellten Beamten eingesetzt werden. Ich darf doch von der Annahme ausgehen — das hat ja zumindest ein Teil Ihrer Beantwortung gezeigt —, daß Ihnen bekannt ist — und Sie haben ja gesagt, daß gerade in Salzburg gute Erfahrungen gemacht wurden —, welche Ergebnisse erzielt wurden.

Glaser

Daher also die Zusatzfrage: In welchem Ausmaß werden Sie bei Besprechungen zur Stärkung der Verkehrssicherheit dafür eintreten, diese Zivilstreifen zumindest beizubehalten beziehungsweise auf Grund der guten Erfahrungswerte für eine Forcierung eintreten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch:** Wir sind bei den Verkehrssicherheitskonferenzen immer dafür eingetreten, daß sie durchgeführt werden, weil ja das Gesetz dazu jetzt die Möglichkeit bietet. Aber ich möchte noch einmal betonen: Ich habe keinen Einfluß darauf. Wenn die Bundesländer sagen, sie tun es nicht, so kann ich, außer mich unter Umständen darüber zu entrichten, leider gar nichts tun. Denn von seiten des Ministeriums werden nur die Beamten zur Verfügung gestellt. Das Weisungsrecht in allen straßen- und verkehrspolizeilichen Angelegenheiten liegt leider nicht beim Bundesministerium, sondern ist bei den Bundesländern föderalisiert.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: 3. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Broesigke (FPO) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

961/M

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die unzumutbaren Wartezeiten bei der Beglaubigungsstelle des Bezirksgerichtes Innere Stadt Wien abzukürzen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Justiz Dr. **Broda:** Der Beglaubigungsabteilung im Bezirksgericht Innere Stadt sind an sich drei Beamte mit entsprechender Vorbildung zugeteilt. Nun war tatsächlich in den letzten Monaten ein gewisser Notstand eingetreten, weil zwei Beamte krank waren und die Beglaubigungsabteilung nur mit einem Beamten ständig besetzt war. Wir haben mit 7. 6. 1971 Vorsorge getroffen, daß ein Rechtspfleger aushilfsweise zugeteilt worden ist, sodaß jetzt zwei Beamte voll Dienst versehen.

Im übrigen hat es schon voriges Jahr einen ähnlichen Engpaß gegeben; das hängt eben mit unserem Mangel an qualifizierten richterlichen Beamten bei verschiedenen Gerichten zusammen. Es wurde damals auch Vorsorge getroffen, und zwar dadurch, daß die umliegenden Notare gebeten worden sind, im Bedarfsfalle diese Beglaubigungen durchzuführen. Ich hoffe, daß wir also auch dieses Mal diesen Engpaß wieder überwinden werden.

Präsident: Herr Abgeordneter Doktor Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Bundesminister! Sie haben ausgeführt, daß drei Beamte die Beglaubigung beim Bezirksgericht Innere Stadt durchgeführt haben. Soviel ich Ihrer Antwort entnommen habe, sind jetzt zwei tätig, sodaß also noch immer eine Unterbesetzung besteht. In welchem Zeitraum wird damit zu rechnen sein, daß wieder drei Beamte dort bei der Beglaubigung arbeiten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Broda:** Sobald von den noch zwei krank gemeldeten Beamten einer wiederhergestellt sein wird, und ich hoffe doch, daß das in zumutbarer Zeit der Fall sein wird, werden wieder drei Beamte dort Dienst tun. Sollte es aber wider Erwarten so sein, daß der Krankenstand bei den derzeit noch krank gemeldeten Beamten noch längere Zeit in Anspruch nimmt, so werden wir natürlich einen Ersatz finden müssen. Das möchte ich hier noch erklären.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke:** Herr Bundesminister! Ich möchte noch fragen, ob es möglich wäre, auf die anderen Beglaubigungsmöglichkeiten dort ausdrücklich zu verweisen, die einerseits bei den umliegenden Notariaten bestehen, andererseits aber auch bei den übrigen Wiener Bezirksgerichten, die ja auch Beglaubigungen vornehmen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Broda:** Bitte, nach dem Bericht der unterstellten Justizbehörden ist das tatsächlich geschehen. Es ist sowohl voriges Jahr wie auch dieses Jahr durch den Gerichtsvorsteher verfügt worden, daß mit Anschlag auf die Möglichkeit, die Beglaubigungen bei Notaren durchzuführen, verwiesen worden ist. Und ich möchte sogar dankbar anerkennen, daß der Herr Präsident der Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland schon voriges Jahr und auch heuer wieder Veranlassung getroffen hat, den Herren Notaren naheulegen und sie zu bitten, keine Mehrgebühren für die Beglaubigungen für die Zeit dieses Notstandes einzuhoben, und wir glauben, daß man es damit bewenden lassen kann. Auf weitergelegene Bezirksgerichte zu verweisen, das würde ich nicht für zweckdienlich erachten.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Die 4. Anfrage wurde zurückgezogen.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Präsident: 5. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Ing. Hobl (SPO) an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst.

979/M

Bis wann kann mit einer Erweiterung des Bundesrealgymnasiums in Wien XVI, Schuhmeierplatz, gerechnet werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst **Gratz:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Erweiterung des Bundesrealgymnasiums Wien 16., Schuhmeierplatz, ist nur auf jenem Teil der Liegenschaft möglich, der derzeit von der Impfstoffgewinnungsanstalt benutzt wird. Das Unterrichtsministerium hat daher auf eine für Unterrichtszwecke gewidmete Teilfläche der Liegenschaft Flötzersteig zugunsten des Sozialministeriums verzichtet, damit auf diesem Grundstück ein Neubau für die Impfstoffgewinnungsanstalt errichtet werden kann. Die dringliche Behandlung des Neubaus für diese Anstalt wurde zugesichert. Die Erweiterung des Bundesrealgymnasiums kann erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Impfstoffgewinnungsanstalt in den Neubau übersiedelt ist.

Präsident: Herr Abgeordneter Ing. Hobl.

Abgeordneter Ing. **Hobl:** Herr Bundesminister! Besteht seitens Ihres Ministeriums bereits ein Projekt für den Fall, daß die Impfstoffgewinnungsanstalt abgebrochen wird, oder haben Sie hier noch keine Projektpläne, aus denen man ersehen könnte, wieviel Klassenräume et cetera es für diesen Erweiterungsbau geben kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Entwicklung in der Schulorganisation, die neuen Möglichkeiten im Schulbau und vor allem die wirklich fortschreitenden Änderungen unseres Schulwesens haben dazu geführt, daß einige bereits vorhandene Pläne, sofern sie älter als fünf Jahre waren, zur Seite gelegt werden mußten und unter Planungsverlusten neue Pläne erstellt wurden. Ich habe daher in meinem Ministerium Weisung gegeben, für einen längeren Zeitraum als für zwei Jahre keine konkreten Pläne zu erstellen, weil sich zeigt, daß die dann überholt sind und vor Inangriffnahme des Baues ohnehin revidiert werden müssen.

Präsident: Herr Abgeordneter Ing. Hobl.

Abgeordneter Ing. **Hobl:** Herr Bundesminister! Ich entnehme Ihrer Antwort, daß Sie also nicht vor einer Zweijahresfrist damit rechnen, in ein konkretes Projekt hinsichtlich dieses Erweiterungsbaues eintreten zu können.

Würden Sie sich bemühen, daß diese dringliche Zusage des Sozialministeriums, die Impfstoffgewinnungsanstalt zu verlegen, auf das Areal, das hier am Flötzersteig—Steinbruchstraße angeboten wurde, doch bald verwirklicht wird, damit Ihr Ministerium in die Lage versetzt wird, konkrete Projektpläne auszuarbeiten, die innerhalb dieser Zweijahresfrist dann hoffentlich realisiert werden können? Die dringliche Zusage höre ich sehr gerne, die Ihnen das Sozialministerium gegeben hat, ich würde aber bitten, daß Sie die Sache evident halten und in bestimmten Zeitabständen urgieren.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich greife diese Anregung gerne auf und darf meinerseits die Bitte an Sie richten, meine Urgenzen beim Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung wohlwollend zu befürworten. (Heiterkeit.)

Präsident: 6. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Egg (SPO) an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst.

981/M

Welche Möglichkeiten stehen Ihnen zur Verfügung, um die Auswechslung der Schulbücher auf ein Mindestmaß zu reduzieren?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Verwendung von Schulbüchern wird jährlich erlaßmäßig geregelt. In den diesbezüglichen Erlässen wird verfügt, daß die Anschaffung von Neuauflagen, die gegenüber älteren Auflagen keine wesentlichen Änderungen zeigen, nicht vorgeschrieben werden darf und daß die Schüler zur Anschaffung eines Lehrbuches nur dann verhalten werden dürfen, wenn ein hinreichender Einsatz des Buches im Unterricht garantiert ist. Durch diese Verfügung soll ein zu rascher Wechsel von Büchern vermieden werden. Bei allen Überlegungen über den Gebrauch von Schulbüchern muß man einen akzeptablen Mittelweg finden zwischen den Forderungen der Eltern nach einer möglichst langen Verwendungsdauer und den Anforderungen, die durch den wissenschaftlichen Fortschritt an die Erneuerung des Schulbuches gestellt werden.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: 7. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Breiteneder (ÖVP) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

962/M

Besitzt das Bundesministerium Unterlagen, aus denen feststellbar ist, welcher Prozentsatz der österreichischen Akademiker nach ihrer Ausbildung ins Ausland abwandert?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung besaß zum Zeitpunkt seiner Gründung keinerlei Unterlagen, aus denen hervorging, wie groß der Prozentsatz der österreichischen Akademiker war, die nach ihrer Ausbildung ins Ausland abwanderten. Es schien daher — und das wurde durch die zahlreichen Gespräche bestätigt, die ja auch hier im Hohen Haus geführt wurden — eine vordringliche Aufgabe zu sein, exakte Angaben über dieses Problem zu erarbeiten.

Bereits im November wurde in meinem Auftrag eine öffentliche Ausschreibung zur Untersuchung dieses Fragenkomplexes vorgenommen, und als Ergebnis dieser Ausschreibung wurde ein Team von Soziologen und Meinungsforschern mit einer Studie über den sogenannten brain drain in Österreich beauftragt. Die Vergabe erfolgte Anfang des Jahres 1971.

Diese Studie wird erstmalig genaue Angaben über den brain drain erbringen, und zwar über die Zahl der Absolventen der Technischen Hochschulen, gegliedert nach Studienrichtungen, der Absolventen der philosophischen Fakultäten mit den Dissertationsfächern Mathematik und Logistik und der naturwissenschaftlichen Fakultäten mit den Dissertationsfächern Physik und Chemie. Es wird außerdem in dieser Studie über die Heimatadressen der Absolventen das Ausmaß der in das Ausland abgewanderten Akademiker erfragt.

Schließlich wird eine genaue Untersuchung über die Motivationen der Abwanderung und über die Motivationen der Rückwanderung erfolgen sowie eine Untersuchung über die österreichischen Forschungsstätten im Hinblick auf die Qualifikation und die Bewertung des wissenschaftlichen Personals. Diese Studie wird etwa in einem Jahr abgeschlossen sein; die ersten Ergebnisse werden im Herbst vorliegen.

Präsident: Herr Abgeordneter Breiteneder.

Abgeordneter **Breiteneder:** Danke, Frau Bundesminister. Man kann also noch nicht erfahren, welche Studienrichtung am meisten durch die Abwanderung betroffen ist?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Bedauerlicherweise können Sie das heute noch nicht erfahren.

Präsident: 8. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hauser (ÖVP) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

963/M

Welche Form der studentischen Mitbestimmung werden Sie nunmehr nach den gemachten Erfahrungen mit ausländischen Hochschulen der parlamentarischen Hochschulreform-Kommission zur Diskussion vorlegen?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Besuch der Universitäten in der Bundesrepublik und in der Schweiz war als Information geplant und wurde ja auch als solche durchgeführt. Als Teilnehmer dieser Informationsreise wissen Sie ja, daß eine möglichst umfassende Information dadurch gewährleistet schien, daß man nicht nur mit Universitätsfunktionären, sondern auch mit den Verwaltungsstellen und den Reformgegnern Gespräche pflegte.

Die Schlußfolgerungen, welche die Teilnehmer der Delegation der parlamentarischen Hochschulreform-Kommission aus ihren Eindrücken von der Studienreise an diesen deutschen und Schweizer Universitäten gewonnen haben, ist durchaus nicht einheitlich; davon konnten Sie sich selbst überzeugen.

Aus den Stellungnahmen der Delegationsmitglieder werden also, wie ich meine, keine Materialien für die Ausarbeitung eines neuen Modells für die Mitbestimmung von Assistenten und Studenten in akademischen Behörden abgeleitet werden können. Ich meine vielmehr, daß die allfällige Erarbeitung neuer Modelle oder die Revision bereits vorgelegter Modelle der Diskussion der parlamentarischen Hochschulreform-Kommission übertragen beziehungsweise ihr vorbehalten sein sollte.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Hauser.

Abgeordneter Dr. **Hauser:** Frau Bundesminister! Der vorliegende Diskussionsentwurf baut auf einem völligen drittelparitätischen Modell auf. Wir haben, wie ich glaube, bei unserer Reise bemerkt, daß dieses Modell fast nirgends, auch nicht an den sogenannten fortschrittlichsten Universitäten Deutschlands praktiziert wird.

Halten Sie es angesichts dieser Tatsache nicht für zweckmäßig, dem weiteren Fortgang der Beratungen dienlicher, wenn man hier Textvorschläge überdenkt, die diesen Erfahrungen entsprechen, ohne auf eine solche aus

Dr. Hauser

der Reformkommission erst erfließende Diskussion zu warten?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß erstens der Entwurf nicht eine völlige Drittelparität auf allen Universitäts-ebenen vorsieht, sondern eine gestaffelte.

Meine persönliche Meinung dazu ist, daß es die Arbeit in der parlamentarischen Hochschulreform-Kommission keineswegs erleichtern würde, wenn man jetzt neue Modelle vorlegt, sondern man muß es der Kommission überlassen, sich mit diesen Fragen selbst zu beschäftigen und auseinanderzusetzen. Auch aus den Gesprächen, die wir in der Bundesrepublik und in der Schweiz hatten, war ja keine einheitliche Meinung zu der Frage der Paritäten abzuleiten. Wir hörten auch die Meinung, daß die Drittelparität die einfachste Parität ist.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Hauser.

Abgeordneter Dr. **Hauser:** Eine weitere Erfahrung, die wir, wie ich glaube, gemeinsam gemacht haben, war, daß der Zeitaufwand für die Bewältigung demokratischer Modelle sehr groß ist. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß selbstverständlich eine Gruppenorganisation der Universität mit Mitbestimmungsgremien auf jeden Fall mehr Zeit benötigen wird als eine Ordinariatsuniversität, haben wir doch das Gefühl bekommen, daß Besorgnis besteht, daß der Zeitaufwand durch solche Modelle zu hoch ist, um die eigentliche Aufgabe der Hochschule, zu lehren, zu forschen und zu studieren, zu sichern.

Glauben Sie, Frau Minister, daß man dem dadurch begegnen könnte, daß bei völliger Bewahrung von Mitbestimmung im Prinzip den Organen gewissermaßen exekutive und legislative Gruppierungen mehr, als in dem Entwurf vorgesehen, zugeordnet werden, um auf diese Weise zwar Richtlinienkompetenzen für wirkliche echte Mitbestimmung zu schaffen, aber doch der Durchführung des täglichen Betriebes an der Hochschule mehr exekutiven Charakter zu geben?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich schließe mich in vielem Ihren Meinungen hier an, aber das, was ich jetzt sage, muß ich als eine persönliche Stellungnahme abgeben. Wenn Sie diese wünschen, darf ich sagen, daß ich auf dieser Reise drei Haupterfahrungen gewonnen habe: Einmal, daß ich auch der Meinung bin, daß eine stärkere Differenzierung der Paritäten je nach Sachinhalt vielleicht günstig sein wird;

zweitens die, daß es notwendig sein wird, durch gewisse Maßnahmen sich davor abzusichern, daß die Alleinvertretung in den verschiedenen Organen Minderheiten zukommt; und die dritte die, die Sie eben angeschnitten haben, daß doch ein System der Mitsprache gefunden werden muß, das die Zeitbelastung der einzelnen Mitglieder dieser Organe auf ein Minimum beschränkt; und hier gibt es, wie wir dort auch gehört haben, doch vielfach Möglichkeiten.

Präsident: Danke, Frau Bundesminister.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 9. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Egg (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

987/M

Bis wann kann damit gerechnet werden, daß dem Nationalrat eine Novelle zum Berggesetz vorgelegt wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen bereits am 9. Februar 1971 schriftlich mitgeteilt, daß es mein Bestreben sein wird, gegen Ende der Frühjahrssession dem Nationalrat einen entsprechenden Entwurf zur Begutachtung zu übersenden. Ich muß jetzt diese Zusage insofern ergänzen, daß ich in der Zwischenzeit eingehende Verhandlungen geführt habe, und zwar mit den Professoren der Hochschule in Leoben, mit den Interessensvertretungen, mit den Ländern, daß zwei Enqueten über dieses Problem stattgefunden haben und daß sich dadurch die Versendung ein wenig verzögern wird, weil ich es für zweckmäßig erachte, womöglich Widerstände, die sich gegen das neue Berggesetz auftun könnten, bereits in diesem Raum so weit als möglich zu beseitigen.

Präsident: Herr Abgeordneter Egg.

Abgeordneter **Egg:** Herr Bundesminister! Ich danke Ihnen für diese Information. Sie wissen ja auch, daß in Kitzbühel wie auch in Schwaz immer wieder Fragen in dieser Richtung an die dort zuständigen Abgeordneten herangetragen werden. (*Abg. Landmann:* *Zurzeit nicht mehr!*) Herr Kollege! Ich bin selber dort zuständig und habe mit den betreffenden Kollegen gesprochen.

Ich wäre Ihnen daher, Herr Minister, zweifellos dankbar, wenn es möglich wäre, bis zum Herbst dieses Jahres entsprechende Unterlagen in die Begutachtung zu bekommen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich habe vollstes Verständnis dafür, daß die Tiroler Abgeordneten im Hinblick auf die Erfahrungen, die in Oberndorf gemacht wurden, immer wieder dieses Gesetz urgieren. Ich möchte nur noch daran erinnern, daß mit der Union Corporation eine Vereinbarung getroffen werden konnte, daß Bohrungen in Oberndorf in Zukunft unterbleiben und daß auch die sonstige Bevölkerung von Tirol, aber auch aus den anderen Bundesländern beruhigt sein kann, weil im neuen Berggesetz vorgesehen sein wird, daß auf die Interessen des Landes entsprechend Rücksicht genommen wird.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 10. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Regensburger (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

907/M

Wann werden Sie veranlassen, daß der unter Ihrem Amtsvorgänger begonnene Ausbau der Bundesstraße 1 zwischen Strengen und Flirsch am Arlberg fortgesetzt wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die vor kurzer Zeit vorgelegte Neufassung des Detailprojektes für den Straßenabschnitt Strengen—Flirsch, den zweifellos schlechtesten Abschnitt in diesem Bereich, wurde im Bundesministerium für Bauten und Technik vordringlich behandelt, und es wurde die grundsätzliche Zustimmung dazu erteilt. Es werden aber einzelne Abschnitte dieses nicht ganz 3 km langen Straßenstückes noch eine Prüfung durch die Baudirektion beim Amt der Tiroler Landesregierung erfordern; die notwendigen Veranlassungen sind dort eingeleitet worden. Die Fortsetzung des Ausbaues, wie Sie Ihre Anfrage formuliert haben, sehr geehrter Herr Abgeordneter, scheint mir daher veranlaßt zu sein.

Präsident: Herr Abgeordneter Regensburger.

Abgeordneter **Regensburger:** Herr Bundesminister! Die Prüfungen über die technischen Details für diese Baumaßnahmen gehen in das Jahr 1957 zurück. Ich erinnere mich noch gut daran: Als ich in den Bundesrat einzog, habe ich mich um den sogenannten Fünfjahresplan erkundigt, und da war dieses Straßenstück bereits zum Ausbau vorgesehen.

Nun die Frage, Herr Bundesminister: Sind Sie in der Lage, hier mitzuteilen, welcher Betrag heuer noch zum Ausbau dieses

Straßenstückes verwendet werden kann? Sie haben ja selbst gesagt, daß es der schlechteste Straßenteil in diesem Bereich ist. Ich darf Ihnen sagen, es ist wohl das schlechteste Straßenstück im gesamten Bundesstraßenbereich mit ähnlicher Bedeutung.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube an sich nicht, daß dieses Stück im gesamten Bundesstraßennetz das allerschlechteste wäre, aber ich konzidiere Ihnen als Kenner der Ortsverhältnisse durchaus, daß Sie dieses Straßenstück in Ihrem Heimatland als das schlechteste dort bezeichnen. Die Gesamtkosten dieses, wie Sie sagte, nicht einmal 3 km langen Straßenstückes werden sich auf ungefähr 65 Millionen Schilling belaufen. Es ist eine technisch schwierige Strecke. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, welche Schwierigkeiten gerade die Rosannaschlucht und der Fluß macht. Die Trassierung und der Ausbau wird zum Teil auch die Bundesbahnen in einem Teilbereich berühren.

Die Finanzierungsvorstellungen des Bautenministeriums für die Finalisierung dieses Ausbaues sind so, daß heuer noch mit dem Bau begonnen werden soll und im Jahre 1972 10 Millionen, 1973 25 Millionen und im Jahre 1974 28 Millionen Schilling zum Einsatz kommen sollen.

Die Baudurchführung ist auch deshalb schwierig, weil praktisch die Hauptbauzeit erst nach Beendigung der Sommersaison bis zum Eintritt des Winters dort voll ausgenützt werden kann. Es gibt leider keine Möglichkeit der Umfahrung dieser Strecke.

Daß nunmehr die Planungen im Detail fertig sind, ist ein Zeichen dafür, daß wirklich alle Bemühungen unternommen worden sind, dieses Stück zu sanieren.

Die Detailplanungen standen allerdings auch im Zusammenhang mit der Frage des winter sicheren Überganges über den Arlberg mit der Tunnellösung und mit all den Problemen des Arlberges überhaupt. Ich glaube aber, daß nicht etwa bis zur Fertigplanung des Arlbertunnels oder der Schnellstraße zugewartet werden kann, sondern daß diese Straße noch immer eine solche Bedeutung haben wird, daß der Aufwand von 65 Millionen Schilling durchaus gerechtfertigt erscheint.

Präsident: Herr Abgeordneter Regensburger.

Abgeordneter **Regensburger:** Herr Bundesminister! Sie haben mir jetzt liebenswürdigerweise die vorgesehenen Investitionsziffern für die kommenden Jahre genannt. Sie waren letzte Woche bei der Frage nach der Ötztaler Bundesstraße noch nicht in der Lage, dies zu

Regensburger

tun, mit dem Bemerken, daß die Vorschau noch nicht so weit gediehen sei.

Ich habe nun eine Broschüre „Bauvorschau des Bundesministeriums für Bauten und Technik“ gefunden. Da sind sowohl die Ansatzziffern Strengen—Flirsch als auch die für die Ötztaler Bundesstraße genannt. Ich hätte es also inzwischen auch selbst gefunden. Aber es ist sehr nett, Herr Minister, daß Sie mir heute die Ziffern für die Bundesstraße 1 Strengen—Flirsch für die kommenden Jahre genannt haben.

Ich muß aber meine erste Frage wiederholen. Ich fragte Sie, ob Sie in der Lage sind, mir die Investitionsziffer zu nennen, die für den heurigen Baubeginn vorgesehen ist.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Im heurigen Bauprogramm sind für den Beginn des Bauvorhabens 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Präsident: 11. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Meißl (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

886/M

Werden Sie das Projekt, auf der Strecke Reichenau—Gloggnitz einen Anschluß zur künftigen Semmering—Schnellstraße herzustellen, angesichts der damit verbundenen schwerwiegenden Nachteile (Waldrodungen im Naturschutzgebiet Rax—Schneeberg, Durchschneiden der Parkgebiete zweier Kurgemeinden sowie Beeinträchtigung zahlreicher Siedler in der Gemeinde Hart) einer nochmaligen Prüfung unterziehen lassen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der von der Bundesstraßenverwaltung beim Amte der niederösterreichischen Landesregierung ausgearbeitete generelle Entwurf für eine Neutrassierung der B 27, Höllental Bundesstraße, wurde bisher dem Bundesministerium für Bauten und Technik noch nicht vorgelegt. Das Bautenministerium besitzt daher keinerlei Unterlagen. Es kann daher keine nochmalige Prüfung zugesagt werden, weil das Bautenministerium nicht einmal eine erstmalige Prüfung vorgenommen hat.

Ich bin der Meinung, daß vorerst die bestehende Straße mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln in einen verkehrsgerechten Zustand gebracht werden soll. Ich habe erfahren, daß im Lande Niederösterreich gewisse Überlegungen auch hinsichtlich der Anbindung allenfalls der Höllental Bundesstraße an eine künftige Schnellstraße von Seebenstein über den Semmering in den Raum Steiermark stattgefunden haben. Ich kann Ihnen aber mangels eines konkreten Projektes dazu heute keine erschöpfende Auskunft geben.

Wenn das Projekt vorgelegt wird, kann ich Ihnen absolut zusichern, daß es sehr sorgfältigen und eingehenden Prüfungen unterzogen werden wird und daß im Rahmen dieser Prüfungen auch die Gemeinden Gelegenheit haben werden, dazu Stellung zu nehmen.

Präsident: 12. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Lukas (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

950/M

Ist durch eine ausreichende Dotierung dafür Vorsorge getroffen, daß das Bundesgymnasium für Slowenen in Klagenfurt heuer noch in Bau gehen kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Teilheft zum Bundesvoranschlag 1971 ist für den Neubau des Bundesgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt eine Baurate von 5 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Baurate würde meiner Überzeugung nach ausreichen, um noch in diesem Jahr mit den Bauarbeiten zügig beginnen zu können. Die Bauarbeiten sind bereits ausgeschrieben gewesen. Ein Vergabeantrag ist in Vorbereitung.

Präsident: Herr Abgeordneter Lukas.

Abgeordneter Lukas: Herr Bundesminister! Über Ihre Antwort werden sich zwei Schulen sehr freuen.

Doch gestatten Sie mir die weitere Frage: Wann wird der Auftrag zum Baubeginn gegeben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Ich hoffe, daß der Zuschlag, also der Auftrag zum Baubeginn, spätestens in den nächsten drei Wochen erfolgen wird.

Präsident: 13. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Linsbauer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

971/M

Wann ist mit dem Baubeginn für das neue Finanzamt im Bezirkszentrum Kargan zu rechnen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Plandokument 4366 der Stadt Wien wurden Bauplätze für Bundesschulen und Bundesamtsgebäude im Bereich des Bezirkszentrums Kargan festgelegt. Im vergangenen Jahr hat der Magistrat der Stadt Wien mitgeteilt, daß alle gemeindeeigenen Flächen im Bereich dieses Bezirkszentrums als Gemeindeanteil in die Realitätenverwaltungsgesellschaft EKAZENT eingebracht wür-

Bundesminister Moser

den und daher weitere Verhandlungen hinsichtlich des Grunderwerbes nur mehr mit dem EKAZENT geführt werden könnten.

Das EKAZENT hat nunmehr dem Bund angeboten, daß es in einem Hochbau, den das EKAZENT zu errichten beabsichtigt, die Bundesdienststellen unterbringen würde. Dieses Projekt ist aber meiner Meinung nach nur für die Unterbringung des Finanzamtes für den 21. und 22. Bezirk geeignet. Das Bundesministerium für Finanzen hat Verhandlungen mit dem EKAZENT wegen Anmietung der benötigten Raumgruppen eingeleitet. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wie ich in Erfahrung bringen konnte, erwartet das Finanzressort seit einiger Zeit vom EKAZENT eine entsprechende Stellungnahme.

Präsident: Herr Abgeordneter Linsbauer.

Abgeordneter **Linsbauer:** Herr Bundesminister! Ich habe mir aus dem stenographischen Protokoll der 155. Sitzung in der XI. Gesetzgebungsperiode eine Anfrage des damaligen Abgeordneten und jetzigen Finanzministers Androsch ausgehoben. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich daraus einige Sätze bringen.

Androsch fragte den damaligen Minister Koren. Androsch sagte, daß die Unterbringung der Beamten des Finanzamtes für den 2., 21. und 22. Bezirk so wäre, daß, wenn dafür das Gewerbe- oder Arbeitsinspektorat zuständig wäre, dieses Finanzamt geschlossen werden müßte. Androsch hat damals den Finanzminister eingeladen, dieses Finanzamt während des Parteienverkehrs zu besuchen.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Hat Ihr Ministerkollege Dr. Androsch einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag für den Bau des Finanzamtes für den 21. und 22. Bezirk gestellt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Finanzämter könnten auf die schnellste Weise untergebracht werden, wenn das Finanzressort mit dem EKAZENT ein Übereinkommen über die Anmietung der notwendigen Büroflächen abschließen könnte. Derzeit verfügt der Bund selber in diesem Bereich über keine ausreichenden Grundstücke. Das Bautenressort verhandelt auf einer anderen Ebene ebenfalls mit dem EKAZENT wegen der Abgabe von Grundstücken zugunsten des Bundes, weil es nicht nur diese beiden Finanzämter, sondern auch noch andere Dienststellen in diesem Bereich unterzubringen hat. Die Verhandlungen zur Einmietung von Bundesdienststellen ist aber nicht Sache des Bautenressorts, sondern des jeweils sachlich zuständigen Ressorts.

Präsident: Herr Abgeordneter Linsbauer.

Abgeordneter **Linsbauer:** Herr Bundesminister! Aus Ihrer Antwort entnehme ich, daß also die Anfrage des Kollegen Dr. Androsch in der letzten Gesetzgebungsperiode zwar die Optik brachte, daß den Beamten geholfen werden könnte, er selbst aber bisher nichts unternommen hat, da Sie mir nicht sagen konnten, daß er einen Antrag auf eine bestimmte Dringlichkeit gestellt hat.

In meiner zweiten Frage darf ich um folgendes fragen: Wurde nun vom Finanzministerium unter der Leitung des jetzigen Finanzministers vielleicht ein Antrag auf bessere Ausstattung der Räume des Finanzamtes in der Vorderen Zollamtsstraße gestellt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Die Ausstattung der einzelnen Bundesdienststellen obliegt nicht dem Bautenminister, sondern dem jeweils zuständigen Ressort. Ich würde Sie daher einladen, diese Frage an den zuständigen Minister zu stellen.

Präsident: 14. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Libal (SPO) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

951/M

Sind Sie bereit anzuordnen, daß die Zahl der Entfernungshinweise nach Linz auf der Westautobahn vermehrt wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Sinne der Sicherheit, Flüssigkeit und Leichtigkeit der Verkehrsabwicklung gerade auf den Autobahnen ist eine möglichst klare Wegweisung unerlässlich. Der Schnellverkehr läßt den Kraftfahrern nur geringe Zeit zum Lesen und Erfassen der wichtigsten Hinweise. Auch darf die Zeit der Ablenkung vom unmittelbaren Verkehrsgeschehen nur möglichst kurz sein. Das System der Autobahnbeschilderung ist daher in Richtlinien, die zum Teil auch Eingang in die Straßenverkehrsordnung gefunden haben, festgelegt.

Nach den geltenden Richtlinien werden auf den Orientierungstafeln der Autobahnen, die nach jeder Anschlußstelle im Mittelstreifen zur Aufstellung gelangen, folgende Hinweise gegeben: als erstes der Name der nächsten Anschlußstelle, darunter der Name der übernächsten Anschlußstelle und in der dritten Zeile der Name des Fernzieles.

Mehr als drei Zeilen sind auf dieser Tafelgröße — die Tafel ist etwa 1,60 mal 2,50 m groß — nicht unterzubringen, weil sonst die

Bundesminister Moser

Schrift für den Schnellverkehr zu klein und unleserlich wird und eine Gefahrenquelle darstellen kann.

Seinerzeit war die Westautobahn nur mit dem Fernziel „Salzburg“ ausgestattet. Seit einiger Zeit sind wir aber dazu übergegangen, eine Teilung vorzunehmen und als Fernziel von Wien bis Linz „Linz“ anzugeben. Die Umrüstung der bestehenden Tafeln erfordert einige Zeit. Ich darf auch darauf hinweisen, daß eine solche Tafel etwa 8000 bis 10.000 S kostet. Im Zusammenhang mit notwendigen Auswechslungen, sei es infolge Überalterung oder sei es infolge Beschädigungen irgendwelcher Art, ist veranlaßt worden, daß auf den neuen Tafeln, auf denen das noch nicht geschehen ist — auf einer Reihe von ihnen sind die Hinweise „Linz“ bereits angebracht —, als Fernziel „Linz“ angegeben wird.

Präsident: Herr Abgeordneter Libal.

Abgeordneter **Libal:** Herr Minister! Da ich nicht annehme, daß die Autobahntafeln nach so kurzer Zeit schon wieder vermodert oder abbruchreif sind, frage ich Sie, wann damit zu rechnen sein wird, daß die Tafeln auf der Strecke von Wien bis Linz den Hinweis „Linz“ bekommen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Diese Aktion der Umrüstung läuft im wesentlichen seit dem Jahre 1967. Auf niederösterreichischem Gebiet sind bisher rund 70 Prozent der Hinweistafeln umgerüstet worden. Ich kann daher der Hoffnung Ausdruck geben, daß im Laufe der nächsten Jahre die vollständige Umrüstung durchgeführt sein dürfte.

Präsident: Herr Abgeordneter Libal.

Abgeordneter **Libal:** Herr Minister! Das ist zwar ein schwacher Trost, aber das kann die Autofahrer nicht befriedigen, speziell die ausländischen Autofahrer nicht, die, wenn sie auf der Autobahn von Wien nach Linz fahren, wissen wollen, wann Linz kommt und mit welcher Kilometerzahl sie bis Linz zu rechnen haben. Vielleicht könnte man doch, da Linz keine kleine Stadt ist — Linz ist die drittgrößte Stadt in Österreich —, ausnahmsweise außer der Reihe diese Beschriftung vornehmen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Es handelt sich nicht um die Beschriftung, sondern um das Auswechseln der Tafeln. Wie mir berichtet wurde, kostet eine solche Tafel zwischen 8000 und 10.000 S.

Ich bin persönlich davon überzeugt, daß die Autofahrer, die von Wien nach dem Westen

fahren, sicherlich wissen werden, wo Linz liegt, und an sich auf dieser Strecke eine Vielzahl von Hinweistafeln mit der Angabe der Kilometer bis nach Linz vorfinden, sodaß meiner Überzeugung nach Unklarheiten im wesentlichen nicht bestehen.

Es ist das Problem: Soll man eine an sich brauchbare Tafel, die noch nicht Ihren Wünschen gemäß beschriftet ist, einfach vernichten? Es kommen sehr schnell tausende Schilling zusammen. Letzten Endes sind das öffentliche Mittel, die wir durchaus sparsamst verwalten müssen.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: 15. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Glaser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

975/M

Welche Gründe waren für die enorme Erhöhung der Durchschleusgebühren durch den Tauern Tunnel maßgebend?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Verkehr **Frühbauer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Gründe für die Erhöhung der Durchschleusgebühren der Österreichischen Bundesbahnen durch den Tauern Tunnel liegen darin, daß allgemeine Tarifregulierungen seit dem Jahre 1950 sechsmal, bei der Tauernschleuse aber nur einmal im Jahr 1954 durchgeführt wurden, sodaß daher in der Relation der Durchschleusgebühren zu den übrigen Tarifregulierungen kein richtiges Verhältnis mehr bestand.

Im übrigen wurde damit einem Ersuchen der Großglockner Hochalpenstraßen-AG. und der Felbertauernstraßen-AG. um gleichmäßige Höhe bei den drei Überquerungsmöglichkeiten des Tauernhauptkammes entsprochen sowie dem gesetzlichen Auftrag des Bundesbahngesetzes auf wirtschaftliche, kaufmännische Führung des Unternehmens nachgekommen.

Präsident: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser:** Herr Bundesminister! Zunächst möchte ich vorausschicken, daß mir so wie dem Abgeordneten Kranzlmayr bekannt war, daß Sie bei der Europäischen Verkehrsministerkonferenz waren und daß ich diese Frage genauso wie gestern Dr. Kranzlmayr erst heute eingebracht habe. Um einer Glosse der „Arbeiter-Zeitung“ vorzugreifen, möchten wir zum Ausdruck bringen: Es handelt sich nicht um eine Spätzündung, sondern wir haben darauf Rücksicht genommen, daß Sie eine Woche nicht da waren. Deshalb ist auch die andere Frage erst gestern eingebracht worden.

3630

Nationalrat XII. GP. — 48. Sitzung — 24. Juni 1971

Glaser

Nun zum Thema selbst. Ich entnehme Ihrer Antwort, daß eigentlich weniger wirtschaftliche Gründe für diese 30prozentige Erhöhung maßgebend gewesen sind, sondern offenbar ein Ersuchen der Felbertauernstraßen-AG. beziehungsweise der Großglockner Hochalpenstraßen-AG. Eine Erhöhung um 30 Prozent ist wohl als exorbitant zu betrachten und zu bezeichnen und dient sicherlich nicht den sonst so groß verkündeten Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Preissektor.

Meine konkrete Frage an Sie geht nun dahin: Haben Sie die Absicht und haben Sie die Möglichkeit dazu, wenigstens für die Bewohner von Salzburg und Kärnten eine Ermäßigung dieser Gebühren einzuführen? Wobei ich vor allem betone, daß die Durchschleusstrecke Tauerntunnel nicht nur für das Gasteinertal und auf der anderen Seite für Mallnitz und die unmittelbar folgenden Kärntner Orte maßgebend ist, sondern zweifellos für beide Bundesländer von großer Bedeutung ist.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Im Hinblick auf die großen Investitionen, die die Österreichischen Bundesbahnen bei der Tauernschleuse getätigt haben, sowohl auf dem Fahrparksektor als auch auf dem sicherungstechnischen Sektor sowie beim Ausbau von Wartegleisen, ist die Erhöhung wirtschaftlich durchaus berechtigt.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß bei dieser Neuregelung der Tarife eine Reihe von Ermäßigungen gewährt wurden. Erstens wurde für alle Salzburger und Kärntner Kennzeichen eine Fünftagekarte eingeführt, sodaß diese beiden Bundesländer, die die Tauernschleuse für die Verbindung von zwei Bundesstraßen benützen müssen, diese Ermäßigung in Anspruch nehmen können. Die Rückfahrkarte mit der Rückfahrt innerhalb von fünf Tagen kostet 160 S.

Des weiteren wurde im Hinblick auf die Bedeutung des Verkehrs mit Wohnwagen und mit den übrigen Anhängern, die schwer über die Glocknerstraße oder unter Umständen über den Felbertauern kommen, eine wesentliche Verbesserung mit Ermäßigungen und Ausdehnung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarte auf einen ganzen Monat erreicht, sodaß damit auch dem Fremdenverkehr gedient ist.

Ihren Anregungen wurde daher schon bei der Einführung Rechnung getragen.

Präsident: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser:** Normalerweise werden Tarife, die die Bundesbahnen betreffen, dem Hauptausschuß zugeleitet bezie-

hungsweise dort beschlossen. Welche Gründe waren maßgebend, daß die Tarife für die Durchschleusstrecke Tauerntunnel dem Hauptausschuß nicht zugeleitet wurden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Die Verpflichtung, den Hauptausschuß über Tarife zu informieren, basiert auf einem Gesetz aus 1920 und spricht von Tarifgrundlagen. Da es sich im konkreten Fall um keine Tarifgrundlage handelt, war eine Befassung des Hauptausschusses nicht notwendig.

Präsident: 16. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Ing. Scheibengraf (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

992/M

Wann ist mit der Aufnahme des vollautomatischen Fernsprechverkehrs mit Italien zu rechnen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung hat die Vorbereitungen für die Aufnahme des Selbstwählfernverkehrs mit Italien so weit vorangetrieben, daß der Selbstwählfernverkehr österreichischerseits mit 1. Juli 1971 aufgenommen werden könnte.

Präsident: Herr Abgeordneter Scheibengraf.

Abgeordneter Ing. **Scheibengraf:** Welche Gründe sind es, daß das nicht möglich ist?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Die Mitteilungen, die uns zwar nicht offiziell, aber inoffiziell von italienischer Seite erreicht haben, zeigen an, daß in Italien eine Verzögerung um einige Monate eintritt, sodaß man dort glaubt, die Einrichtungen des Selbstwählfernverkehrs erst mit 1. September fertiggestellt zu haben.

Präsident: 17. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. König (*OVP*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

973/M

Welche Maßnahmen wurden von Ihnen getroffen, um der österreichischen Industrie gleiche Chancen bei der Ausstattung der ÖBB mit Thyristor-Loks zu sichern?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Herr Abgeordneter! Auf Grund des Beschlusses des Vorstandes der Österreichischen Bundesbahnen in seiner 81. Sitzung am 25. Feber, alle einschlägigen Industrien zu einer Anbotlegung für Thyristor-Lokomotiven einzuladen, ist die

Bundesminister Fröhbauer

Voraussetzung geschaffen, daß die österreichische Industrie gleiche Chancen wie die ausländischen Lieferanten hat.

Es sind von allen eingeladenen Firmen Anbote eingegangen. Sie werden derzeit im Detail geprüft. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade im Hinblick auf das Wegfallen von Importabgaben den österreichischen Firmen von Haus aus eine günstigere Chance gegeben sein wird.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König:** Herr Bundesminister! Nach meinen Informationen haben die drei bisherigen Lieferfirmen der ÖBB Elin, Siemens und Brown-Boveri bereits vor mehr als drei Jahren den ÖBB ein Anbot auf Thyristor-Lokomotiven unterbreitet.

Es ist mir einigermaßen unerfindlich, wieso dann die Bestellung der vier ASEA-Loks ohne Ausschreibung und ohne Kontaktnahme mit den bisherigen Lieferfirmen erfolgt ist. Erst auf Grund der Parlamentsdiskussion haben Sie dann zugesagt, daß eine solche Ausschreibung erfolgen wird, und sie auch in der Pressekonferenz vom 14. Jänner der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Sie sagen nun, daß die Angebote eingelaufen sind. Ist es richtig, Herr Minister, daß die Ausschreibung entsprechend dem System ASEA erfolgt ist, das heißt, daß also genau die Typen vorgeschrieben wurden, die ASEA bereits entwickelt hat?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Hinsichtlich Ihrer Bemerkung, daß von österreichischen Firmen schon vor drei Jahren der Österreichischen Bundesbahn ein Anbot zur Anschaffung von Thyristor-Lokomotiven unterbreitet worden ist, möchte ich feststellen, daß dies seinerzeit vom Vorstand und dem damals noch verantwortlichen Ressortminister Dr. Weiß abgelehnt worden ist. Ich habe damals selbst als Abgeordneter diesbezüglich eine schriftliche Anfrage an den Herrn Bundesminister Weiß gestellt.

Auf die zweite Frage, ob es stimmt, daß die Ausschreibung so abgestimmt gewesen wäre, daß sie nur ASEA entspricht, antworte ich mit Nein, weil die Ausschreibung drei Varianten vorsieht, eine Tallok, eine Berglok und eine Universallok.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König:** Herr Bundesminister! Ich habe nicht an Sie den Vorwurf gerichtet, daß das seinerzeitige Angebot der drei Firmen auf Thyristor-Loks abgelehnt wurde. Ich habe nur festgestellt, daß es mir

unerfindlich ist, wieso ohne Kontaktnahme mit diesen Firmen ein Auftrag an Schweden gegeben wurde, obwohl diese Firmen vor drei Jahren ein Angebot gemacht haben, das damals nicht akzeptiert wurde.

Aber nun zu meiner zweiten Frage: In der Pressekonferenz haben Sie, Herr Minister, beziehungsweise der Herr Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Dultinger erklärt, daß die ÖBB im Hinblick auf die geographische Beschaffenheit Österreichs auf einer Zweiteilung im Lokomotivenbau bestehen müssen, nämlich auf der Berg- und auf der Tallokomotive. Das ist etwas, was bislang genau gegenteilig gehandhabt wurde. Bislang war es eine unabdingbare Bedingung — mit dem Hinweis auf den grenzüberschreitenden Verkehr —, daß es sich um eine Universallok handeln müsse.

Herr Bundesminister! Die Tallok entspricht nach meinen Informationen eindeutig der Type RC 3 der ASEA, die Berglok der Type RC 2 der ASEA und eine allfällige Einheitslok, die auch noch in der Ausschreibung enthalten ist, der Type RC 4 der ASEA. Die Begründung, daß hier zwei beziehungsweise drei verschiedene Typen in der Ausschreibung erwähnt sind, entkräftet nicht meine Frage, ob es sich hier nicht um eine Übereinstimmung mit den von ASEA bereits entwickelten Maschinen handelt.

Und nun, Herr Minister, zu meiner Frage: Am 12. Mai ist im „Kurier“ in einem sehr positiven Artikel zur Umrüstung der ÖBB auf Thyristor-Loks darauf hingewiesen worden, daß selbst im Falle einer Lizenzvergabe dieses Auftrages an österreichische Firmen eine wesentliche Folge wäre, „daß unsere Lokomotivbauer“ — wie hier steht — „international den Anschluß verlieren. Denn Lizenzfertigung bedeutet: keine eigene Forschung, keine eigenen Erfahrungen, keine eigene Entwicklung. Und wenig Chancen für die Zukunft.“

Herr Bundesminister! Was werden Sie tun, um der österreichischen Wirtschaft diesen Anschluß an die internationale Entwicklung nicht zu verbauen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Nachdem die Österreichischen Bundesbahnen auf Grund des von ihnen beschlossenen Bundesbahngesetzes zur kaufmännischen Wirtschaftsführung verpflichtet sind und auf andere als in Gesetzen festgelegte Bestimmungen nicht Rücksicht nehmen dürfen, muß eine Entscheidung bei der Liefervergabe von Lokomotiven nach den wirtschaftlichen Grundsätzen getroffen

3632

Nationalrat XII. GP. — 48. Sitzung — 24. Juni 1971

Bundesminister Fröhbauer

werden. Dies besagt aber keineswegs, daß eine Entscheidung zugunsten der Firma fällt, von der vier Lokomotiven zur Erprobung auf dem Streckennetz der Österreichischen Bundesbahnen bestellt wurden.

Die Bestellung bei der Firma ASEA erfolgte deshalb, weil von seiten anderer Firmen keine kurzfristige Liefermöglichkeit bestand, ASEA diese Lokomotiven seit längerer Zeit in Serie fertigt und auch bei den schwedischen Staatsbahnen sowie anderen Staatseisenbahnverwaltungen positive Erfolge zu verzeichnen sind. Für die Österreichischen Bundesbahnen ist es wichtig, Auswirkungen, die durch thyristorgesteuerte Lokomotiven auf Sicherungseinrichtungen unter Umständen zu erwarten sind, im praktischen Betrieb kennenzulernen, um dann ihre endgültige Entscheidung für die künftige Orientierung bei der Lokomotivenbestellung treffen zu können.

Ich darf dem Hohen Haus versichern, daß, soweit mir auf Grund der Gesetzeslage Möglichkeiten gegeben sind, selbstverständlich hiebei auf die österreichische Industrie Bedacht genommen wird. Ich darf als Dokumentation für diese meine Einstellung bekanntgeben, daß ich dem Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen empfohlen habe, zu prüfen, inwieweit auch die Möglichkeit bestünde, der österreichischen Lokomotivenindustrie schon jetzt bei der laufenden Serie 1042 zu ermöglichen, zwei oder drei Lokomotiven mit Thyristoren ausgerüstet zu liefern.

Präsident: 18. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Pölz (SPO) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

993/M

Wann ist mit dem Baubeginn für das Post- und Wählamt in Amstetten zu rechnen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Vorentwurfspläne für das Post- und Wählamtsgebäude Amstetten sind erstellt. Zurzeit werden die Bauentwurfspläne und im Anschluß daran die Einreichpläne zwecks Einholung der Baugenehmigung ausgearbeitet.

Wenn keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten eintreten, ist mit dem Baubeginn im Frühjahr 1972 zu rechnen.

Präsident: Herr Abgeordneter Pölz.

Abgeordneter Pölz: Herr Bundesminister! Was gedenken Sie zu tun, wenn unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Bürokratie eintreten? Das Haus, in dem Sie jetzt als

Mieter wohnen, wird unter allen Umständen und ohne Verlängerung 1974 abgerissen werden.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Ich werde dafür sorgen, daß solche Schwierigkeiten rechtzeitig ausgeräumt sind.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Die 19. Anfrage des Herrn Abgeordneten Staudinger an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung entfällt. Der Herr Abgeordnete ist nicht anwesend.

20. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Meißl (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

878/M

Werden Sie veranlassen, daß in den Ministerialentwurf für die nächste ASVG-Novelle eine Bestimmung aufgenommen wird, die vorsieht, daß für im elterlichen Betrieb zurückgelegte Beschäftigungszeiten, die ja auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes nicht mehr von der Sozialversicherung ausgeschlossen sind, eine nachträgliche Zahlung der Beiträge ermöglicht wird?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen mitteilen, daß ich bereits veranlaßt habe, daß bei der Vorbereitung einer künftigen Novelle des ASVG eine Möglichkeit geschaffen wird, die Zeiten einer Beschäftigung im elterlichen Betrieb anzurechnen.

Präsident: 21. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Vollmann (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

901/M

Wann wird Ihr Ministerium den Entwurf eines Bundesgesetzes im Sinne des § 478 (2) ASVG vorlegen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die im § 478 Abs. 2 ASVG enthaltene Ankündigung, die Durchführung der zusätzlichen Pensionsversicherung bei der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen durch ein besonderes Bundesgesetz zu regeln, entsprang dem Bestreben, diese nur satzungsmäßig geregelte Institution im Hinblick auf die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes auf eine einwandfreie gesetzliche Grundlage zu stellen.

Vizekanzler Ing. Häuser

Mit der Weiterentwicklung des Leistungsrechtes der gesetzlichen Pensionsversicherung seit dem Inkrafttreten des ASVG gewann dieses Problem insofern eine andere Gestalt, als die Frage auftauchte, ob es im Hinblick auf eben diese inzwischen eingetretenen beachtlichen Verbesserungen des Pensionsversicherungsrechtes, wie insbesondere die Nachziehung der Altrenten, die Rentenreform, die Einführung der Pensionsanpassung, die Verbesserung der Ersatzzeitenanrechnung und die Erhöhung der Witwenpensionen, zweckmäßig und richtig ist, auch noch gesetzlich eine Zusatzeinrichtung zu schaffen.

Es bietet sich aus der Sicht des Jahres 1971 ein etwas anderer Aspekt als im Jahre 1955 bei der Schaffung des ASVG und ein völlig anderer als zu dem Zeitpunkt, in dem diese Zusatzeinrichtung seinerzeit ins Leben gerufen wurde. Ehe man sich zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes entschließt, soll daher diese Änderung in den Verhältnissen in Betracht gezogen werden.

Sollte das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den Betroffenen zur Auffassung gelangen, daß es zweckmäßiger wäre, eine solche Zusatzeinrichtung in Form einer Betriebsvereinbarung vorzusehen, würde ich für eine entsprechende Änderung der Rechtslage eintreten.

Präsident: Herr Abgeordneter Vollmann.

Abgeordneter **Vollmann:** Herr Vizekanzler! Es ist trotz dieser von Ihnen gebrachten Begründung bekannt, daß die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen auf Grund einer problematischen Satzungsbestimmung und auf Grund von Beschlüssen der Verwaltungskörper Zusatzpensionen auszahlt, die keine rechtliche Grundlage haben.

Der Rechnungshof hat dies bei Überprüfung der Anstalt beanstandet, und das Bundesministerium hat damals zugesagt, daß ein solches Gesetz demnächst vorbereitet wird. Deswegen habe ich gefragt.

Und ich möchte meine Frage wiederholen: Besteht nun die Absicht, eine gesetzliche Basis zu schaffen, oder will man den derzeit ungesetzlichen Zustand weiter aufrechterhalten?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Ich glaube, daß keine sachliche Notwendigkeit besteht, wie ich schon gesagt habe. Wenn der Verwaltungskörper der Pensionsversicherungsanstalt diesbezüglich an uns herantritt, sind wir bereit — das habe ich schon erklärt —, auch die legislativen Grundlagen zu schaffen.

Präsident: Ich danke, Herr Vizekanzler.

Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 82/A der Abgeordneten Melter, Libal, Staudinger und Genossen betreffend Änderungen auf dem Gebiete der Kriegsopferversorgung und

Antrag 83/A der Abgeordneten Vollmann und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit welchem die Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, § 94, abgeändert werden

dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

Antrag 84/A der Abgeordneten Dr. Pittermann, Graf, Dr. Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1967 neuerlich abgeändert wird, dem Finanz- und Budgetausschuß.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Verfassungsausschuß:

Erste und zweite Änderung der Regierungsvorlage 459 der Beilagen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert wird (Zu 459 der Beilagen);

dem Unterrichtsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Privatschulgesetz geändert wird (507 der Beilagen).

1. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (407 der Beilagen): Bundesverfassungsgesetz über die Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereiche der Moosache (505 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bundesverfassungsgesetz über die Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kinzl. Ich bitte um den Bericht. (*Präsident Dr. M a l e t a übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter **Kinzl:** Hohes Haus! Der dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung vorgelegte Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes sieht die Neufestlegung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der oberöster-

Kinzl

reichischen Gemeinde St. Pantaleon und der salzburgischen Gemeinde St. Georgen bei Salzburg vor. Nach Art. 3 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz kann die Änderung einer Landesgrenze nur durch übereinstimmende Verfassungsgesetze des Bundes und jenes Landes erfolgen, dessen Gebiet eine Änderung erfährt. Im vorliegenden Fall müssen daher vom Bund und den Ländern Oberösterreich und Salzburg paktierte Verfassungsgesetze erlassen werden.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 22. Juni 1971 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Kranzlmayr beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf samt Anlagen (407 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, stelle ich den Antrag, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Meine Damen und Herren! Ich bitte die Klubordner, dafür zu sorgen, daß mehr Abgeordnete in den Saal kommen. Es ist nicht die Hälfte anwesend. Es handelt sich hier um eine Verfassungsbestimmung. Wortmeldungen liegen keine vor. *(Kurze Pause.)*

Wir kommen nunmehr zur **Abstimmung**.

Da es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um ein Bundesverfassungsgesetz handelt, stelle ich die gemäß § 61 Absatz 2 Geschäftsordnungsgesetz erforderliche Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang sowie Anlagen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit; einstimmig angenommen.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit **angenommen**.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (404 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert wird (495 der Beilagen)

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Maria Metzker. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Maria **Metzker**: Hohes Haus! Die Kriegsoferversorgungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 350/1970, hat es erforderlich gemacht, die Verweisungen auf das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 (KOVG 1957) im Wohnungsbeihilfengesetz zu berichtigen, um keinen Verlust des Anspruches auf Wohnungsbeihilfe für bestimmte Leistungsempfänger nach dem KOVG 1957 herbeizuführen.

Um eine möglichst gleichartige Behandlung aller Versorgungsleistungsempfänger nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 zu sichern, sieht der vorliegende Entwurf eine Ausweitung des Anspruches auf Wohnungsbeihilfe auf alle Empfänger von Leistungen aus der Kriegsoferversorgung vor, deren Leistungsbezug von ihrem Einkommen abhängig ist.

Bei dieser Gelegenheit sollen auch andere Zitierungen im Wohnungsbeihilfengesetz, die der geltenden Rechtslage nicht mehr entsprechen und dadurch die Handhabung des Wohnungsbeihilfengesetzes sehr erschweren, ohne daß damit eine Änderung des bestehenden Rechtszustandes bewirkt wird, berichtigt werden.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 der Vorberatung unterzogen. Zum Gegenstand sprachen außer dem Berichterstatter der Abgeordnete Melter und der Vizekanzler und Bundesminister für soziale Verwaltung Ing. Häuser.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit Stimmeneinhelligkeit unverändert angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für soziale Verwaltung den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (404 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wortmeldungen liegen keine vor.

Dr. Maleta

Wir gelangen somit zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Einstimmig angenommen.

Die Frau Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung **a n g e n o m m e n**.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (423 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Suchtgiftgesetz 1951 geändert wird (Suchtgiftgesetznovelle 1971) und über den Antrag 68/A (II-1135 der Beilagen) der Abgeordneten Doktor Marga Hubinek und Genossen betreffend Abänderung des Suchtgiftgesetzes 1951 (496 der Beilagen)

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Suchtgiftgesetznovelle 1971 und Antrag 68/A der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend Abänderung des Suchtgiftgesetzes 1951.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Doktor Kerstnig. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Dr. **Kerstnig**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (423 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Suchtgiftgesetz 1951 geändert wird (Suchtgiftgesetznovelle 1971) und über den Antrag der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend Abänderung des Suchtgiftgesetzes 1951 (68/A).

In den letzten Jahren ist in Österreich der Mißbrauch von Suchtgiften beträchtlich angestiegen. Es schien deshalb geboten, durch eine Änderung des Suchtgiftgesetzes 1951 die Möglichkeiten für eine verstärkte Bekämpfung des Suchtgiftunwesens zu schaffen. Durch die gegenständliche Regierungsvorlage soll das Suchtgiftgesetz 1951 in folgenden Punkten den Erfordernissen einer wirksamen und zugleich die Gegebenheiten des Einzelfalles berücksichtigenden modernen Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches angepaßt werden:

1. Einige besonders gefährliche, medizinisch aber praktisch wertlose Stoffe wie zum Beispiel LSD, das in letzter Zeit in steigendem

Maße mißbräuchlich verwendet wird, sollen ausdrücklich unter die Kontrollvorschriften des Suchtgiftgesetzes gestellt werden.

2. Die öffentliche Propaganda für den Mißbrauch von Suchtgiften wird mit einer eigenen Strafbestimmung bedroht.

3. Die Strafdrohungen für die gewerbsmäßige Begehung der im § 9 des Gesetzes angeführten Übertretungen werden verschärft; ebenso für den Fall, daß eine Person, die das 21. Lebensjahr vollendet hat, durch die Tat einer Person unter 21 Jahren vorsätzlich den Verbrauch eines Suchtgiftes ermöglicht.

4. Bei bestimmten strafbaren Handlungen soll unter bestimmten Voraussetzungen eine bedingte Zurücklegung der Anzeige beziehungsweise eine bedingte Einstellung des Strafverfahrens erfolgen. Gleichzeitig soll ein Eingreifen der Gesundheitsbehörde gerade in diesen hiefür besonders geeigneten Fällen gewährleistet werden.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat die Regierungsvorlage (423 der Beilagen) und den Antrag 68/A der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 der Vorberatung unterzogen. Als Berichterstatter für die Regierungsvorlage fungierten Abgeordneter Dr. Kerstnig und für den Antrag 68/A Abgeordneter Dr. Halder. An der Debatte beteiligten sich außer den Berichterstattern die Abgeordneten Dr. Reinhart, Dr. Marga Hubinek, Dr. Blenk, Kinzl und Melter sowie der Vizekanzler und Bundesminister für soziale Verwaltung Ing. Häuser. Den Verhandlungen wurde die Regierungsvorlage zugrunde gelegt.

Zu der Regierungsvorlage brachten die Abgeordneten Dr. Hubinek, Dr. Reinhart und Melter vier gemeinsame Abänderungsanträge, beziehungsweise die Abgeordneten Dr. Reinhart, Dr. Hubinek und Melter drei gemeinsame Abänderungsanträge, beziehungsweise die Abgeordneten Melter, Dr. Hubinek und Dr. Reinhart einen gemeinsamen Abänderungsantrag ein.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unter Berücksichtigung der von den Abgeordneten Dr. Hubinek, Dr. Reinhart und Melter beziehungsweise Dr. Reinhart, Doktor Hubinek und Melter beziehungsweise Melter, Dr. Hubinek und Dr. Reinhart eingebrachten acht Abänderungsanträge mit den dem Ausschußbericht beigedruckten Abänderungen einstimmig angenommen. Damit ist auch der Antrag der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (68/A) erledigt.

Namens des Ausschusses für soziale Verwaltung stelle ich daher den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregie-

Dr. Kerstnig

rung vorgelegten Gesetzentwurf mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Im Falle von Wortmeldungen beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Einwand wird nicht erhoben.

Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Doktor Reinhart. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Reinhart** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! „Seit einigen Jahren beobachtet man mit großer Besorgnis einen stetig steigenden Mißbrauch von Suchtgiften, der viele Staaten vor ernste medizinische und soziale Probleme stellt. Österreich konnte sich noch vor wenigen Jahren glücklich schätzen, eines jener Länder zu sein, in denen der Suchtgiftmißbrauch nur ein geringes Ausmaß hatte. Vor allem waren unter den Süchtigen keine Jugendlichen zu verzeichnen. Leider mußte in den letzten Jahren ein sprunghaftes Ansteigen des Mißbrauches von Suchtgiften durch Jugendliche festgestellt werden. Gleichzeitig ist auch eine starke Zunahme von strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit der illegalen Beschaffung dieser Suchtgifte zu verzeichnen.“

Mit diesen Worten eröffnete Bundespräsident Dr. Jonas im Jänner dieses Jahres die in Wien abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen über psychotrope Substanzen. Mit dieser Konferenz wurde ein weiterer Schritt im Rahmen jener Bemühungen gesetzt, welche erstmals 1909 zur Schaffung eines internationalen Systems zur Rauschgiftkontrolle und sodann zu einer Reihe von internationalen Verträgen und Bestimmungen führten, die darauf abzielten, die unerlaubte Verbreitung von Narkotika zu unterbinden beziehungsweise zu überwachen. Die Genfer-Abkommen des Völkerbundes von 1925, 1931 und 1936 sowie die Initiativen des Wirtschafts- und Sozialbeirates der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation, besonders der sogenannte Pariser Zusatzvertrag von 1948, die Beschlüsse der Opiumkonferenz von 1953, die Abkommen von 1961 und 1967 und nicht zuletzt die rastlosen Bemühungen des Europarates sind Meilensteine in den Bestrebungen, die Menschen vor der zunehmenden Suchtgiftgefahr zu schützen.

Trotz dieser weltweiten Anstrengungen mußte die Rauschgiftkommission der Vereinten Nationen bei ihrer Versammlung in Genf

im Jahre 1968 berichten, daß die Menge an Opium, die alljährlich für illegale Zwecke zur Verfügung stehe, bei weitem die Menge übersteige, die für medizinische Zwecke gewonnen wird, und daß mit Haschisch mehr Mißbrauch getrieben wird als mit irgendeinem anderen unter internationaler Kontrolle stehenden Rauschgift.

Der gleiche Bericht bemerkte, daß, obwohl es gegenwärtig praktisch keine Fehlleitungen von Narkotika in illegale Kanäle gibt, die Händler offensichtlich kaum Schwierigkeiten haben, sich die Rohstoffe für die Herstellung von Morphium, Heroin und Kokain zu beschaffen. Damit sei offenkundig, daß sich der illegale Handel nicht merklich einschränken lasse, solange es reichlich Nachschub an Opium und Kokablättern gäbe.

Professor Dr. Coper und Professor Doktor Hippus wiesen kürzlich in einer Abhandlung darauf hin, daß für die USA angenommen wird, daß 20 bis 30 Prozent der Collegebesucher und Studenten Erfahrungen mit Marihuana haben. Diese Zahl entspricht einem in Dänemark erhobenen Befund. Dort sollen 25 Prozent der durch eine große Umfrage erfaßten Oberschüler und Studenten bereits Haschisch geraucht haben. In Großbritannien rechnet man mit etwa 33.000 Haschischrauchern, das sind 0,06 Prozent der Gesamtbevölkerung, von denen etwa die Hälfte chronischen Haschischmißbrauch betreibt.

In San Francisco hat eine Untersuchung ergeben, daß 13 Prozent aller Erwachsenen — also über 18 Jahre Alten — Erfahrungen mit Marihuana haben. Bei Aufschlüsselung nach Altersklassen und nach Geschlechtern ergab sich, daß 50 Prozent der männlichen Erwachsenen und etwa ein Drittel der weiblichen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren Marihuana geraucht haben.

Diese internationalen Maßnahmen und Beispiele anzuführen ist notwendig, um aufzuzeigen, daß das Suchtgiftproblem keineswegs nur auf zwischenstaatlicher Vertragsbasis lösbar ist. Immer mehr tritt die Bedeutung und Notwendigkeit nationaler Vorkehrungen zu Tage. Österreich hat wohl in dieser Richtung mit der Suchtgiftverordnung 1947 und mit dem Suchtgiftgesetz aus dem Jahre 1951 sowie den mehrmaligen Novellierungen dieser Bestimmungen Vorsorge getroffen. Gerade die schon zitierte Konferenz der Vereinten Nationen im Jänner dieses Jahres hat aber gezeigt, daß durch das Hervortreten psychotroper Substanzen ein gesetzlicher Nachholbedarf in Österreich vorliegt. Durch die Entwicklung der Chemie und besonders der Pharmazie wurden Substanzen entdeckt, die nicht nur Schmerzen zu lindern und Krankheiten zu heilen ver-

Dr. Reinhart

mögen, sondern zudem zu Wirkungen führen, welche letztlich ohne fachärztliche Kontrolle eine physische und psychische Gefahr für den Menschen darstellen können. Diese neuen halluzinogenen Stoffe beziehungsweise Drogen unterliegen größtenteils nicht dem internationalen Reglement. Sie gelangen nicht mehr über abenteuerliche Karawanenwege und dunkle Hintermänner zum Konsumenten, sondern kommen direkt vom Labor des Inlandes. Ihre gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen sind oft verheerender als bei den alten „klassischen“ Suchtgiften.

Hohes Haus! Der vorliegende Entwurf versucht nunmehr dieser Entwicklung und den sich daraus ergebenden Erfordernissen Rechnung zu tragen. So werden in Zukunft LSD, LSD-25, Mescaline, STP, DOM, Preludin, Rilatin und weitere psychotrope Substanzen dem Suchtgiftgesetz unterliegen. Die vorsätzliche Aufforderung zum Suchtgiftmißbrauch durch Druckwerke, Laufbilder oder sonstige öffentliche Mittel setzt einen Vergehenstatbestand mit strengen Straffolgen. Die gewerbsmäßige Herstellung, Verarbeitung, Überlassung und der gewerbsmäßige Besitz beziehungsweise Bezug von Suchtgiften wird einer strengeren Bestrafung unterzogen; desgleichen sollen jene Personen strenger bestraft werden, welche den Suchtgiftverbrauch an unter Einundzwanzigjährigen ermöglichen. Wenn für die Verfolgung jener Personengruppen und der sogenannten Gewerbsmäßigen letztlich auch § 305 Strafgesetz eine Handhabe bieten würde, so erscheint es der Bedeutung des Problems und der Effektivität der Strafandrohung wegen angezeigt, eine Lex specialis zu schaffen, welche selbstverständlich strafökonomische Gründe nicht außer Acht lassen kann.

Größte prophylaktische Bedeutung wird in Zukunft auch die Regelung erlangen, bei denjenigen Personen — und dabei wird es sich vorwiegend um junge Menschen handeln — von einer strafrechtlichen Verfolgung abzu- sehen, wenn wegen des meist erstmaligen und geringen Suchtgiftmißbrauches keine ärztliche Behandlung oder Kontrolle notwendig ist, oder im gegenteiligen Falle, wenn der Angezeigte sich der notwendigen ärztlichen Behandlung und Kontrolle unterzieht. Mit dieser Maßnahme ist dem Arzt und der Behörde der Platz eingeräumt, der ihnen sozusagen beim ersten Aufflackern eines Suchtgiftmißbrauches zukommt. An erster Stelle kann und darf nicht die staatliche Strafe stehen. Es muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht werden, den Menschen von seinem Irrtum zu befreien und seine allenfalls in Gefahr gebrachte Gesundheit zu schützen. Freilich bedarf es dabei auch der Einsicht und Mithilfe des Betroffenen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wäre vermessen zu glauben, daß die Suchtgiftnovelle 1971 die Lösung des Suchtgiftproblems in Österreich bringt. Dieses Gesetz wird keine Änderung der Umweltsprobleme bringen, welche vielfach der Grund für den Griff nach der Droge sind. Es wird nicht zerrüttete Familienverhältnisse ordnen, Versagen im Beruf und Angstgefühle beseitigen; die großen und kleinen Alltagsprobleme werden bleiben, welche meist der Grund für die Flucht in die Traumwelt sind. Die soziokulturellen Faktoren werden sich ebenso weiterentwickeln; wie es weiterhin psychisch labile Menschen geben wird.

Wenn schon seit dem Altertum Rauschmittel als Geisel der Menschheit bekannt sind, so wird Österreich dieses Problem im Jahre 1971 nicht lösen können! Aber: Die Suchtgiftgesetznovelle 1971 wird ohne Zweifel eine Entwicklung auslösen, das Suchtgiftproblem nicht so sehr von der strafrechtlichen Seite her, sondern von der medizinisch-wissenschaftlichen Seite her eingehend zu untersuchen. Ich bin davon überzeugt, daß diese gesetzgeberische Maßnahme der Anlaß für tiefgreifende Initiativen auf den Gebieten der Soziologie, der Psychologie, der Psychiatrie, der Biochemie, der Verhaltensforschung, der Anthropologie und so weiter sein wird.

Man wird sicherlich die gewisse Konzeptlosigkeit im wissenschaftlichen als auch im therapeutischen Bereich zu beseitigen versuchen. Man wird erkennen, daß eine zielgerichtete wissenschaftliche Forschung über den Bereich der Süchte dringend notwendig ist. Vergleichende Untersuchungen über die Resultate der vielfältigen Behandlungsmethoden werden zu einer zweckmäßigen Koordinierung führen. Staatlich geleitete beziehungsweise geförderte Forschungsprojekte mögen zu einer ausreichenden Kenntnis über Verlauf und Prognose des so bedrohlich steigenden Drogen-, Rauschgift- und Medikamentenmißbrauches bei Jugendlichen führen. Aber man wird nicht nur in der Studierstube und in den Laboratorien versuchen, diesem Problem an den Leib zu rücken. Durch eine intensivere Information wird man die Bevölkerung aufzuklären haben, daß jedes Suchtmittel eine Gefahr für Körper und Geist darstellt. Es wird nicht länger möglich sein, daß die Bevölkerung den Süchtigen primär toleriert, später dann verspottet und als minderwertig betrachtet und letzten Endes aus der Gesellschaft ausgliedert. Wenn man schon richtigerweise die Beschaffungsmöglichkeiten für Suchtmittel aller Art weitestgehend einzuschränken bemüht sein wird, so wird man trotzdem den Behandlungsmöglichkeiten für Suchtkranke und für Gefährdete durch qualifizierte Fachkräfte ein erhöhtes Augenmerk zu

Dr. Reinhart

schenken haben. Dies wiederum wird eine Ausweitung des medizinischen Unterrichtes zur Folge haben müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Suchtgiftgesetznovelle 1971 kommt vom rechts- und gesundheitspolitischen Standpunkt aus größte Bedeutung zu. Sie bringt nicht nur eine Entkriminalisierung, die Möglichkeit, dem Einzelmenschen in seiner Konfrontation mit den verschiedensten Problemen des Lebens menschlich ohne Vorurteile und Emotionen zu helfen, sie enthält auch die Verpflichtung, weitere wissenschaftliche, aber auch administrative Initiativen zu setzen. Sie bietet schließlich die Möglichkeit, in gemeinsamer Arbeit mit den Internationalen Organisationen das höchste Gut des Menschen, nämlich die körperliche und geistige Gesundheit, zu schützen! — Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie mein Vorredner schon ausführte, ist das Ansteigen des Suchtgiftmißbrauches nicht nur aus zahlreichen Pressemeldungen ersichtlich, wo wir immer wieder lesen müssen, daß junge Menschen infolge einer Überdosis an Morphinum sterben, sondern vor allem die alarmierende Anzeigenstatistik des Innenministeriums zeigt, daß der Suchtgiftmißbrauch auch Österreich nicht verschont hat. Nach Meinung der Fachleute ist der Höhepunkt dieser Entwicklung noch keineswegs erreicht.

Vor allem aber — und ich glaube, das ist das bestürzende Moment — haben immer mehr Jugendliche zwischen dem 15. und 19. Lebensjahr Drogenerfahrung. Die Zahl jener Personen, die regelmäßig Drogen nehmen, wird von Fachleuten mit 7000 bis 10.000 Personen geschätzt, wovon 1970 allein 75 Prozent Minderjährige waren.

Nur wenn man weiß — das bestätigen die Mediziner —, daß von zehn Süchtigen nur einer behandelt wird und sich neun keiner Behandlung unterziehen, wenn man weiters weiß, daß der Trend von leichten Suchtgiften zu schweren Suchtgiften zu verzeichnen ist, die Herstellung von Opium sinkt und die Herstellung von Morphinum und Heroin zunimmt, so ist einem die ganze Problematik bewußt. Wir sehen auch mit Bestürzung, daß der Mißbrauch in jenen sozialen Gruppen zunimmt, die noch vor zehn Jahren kaum eine Ahnung von Rauschgift hatten.

Da Sucht außerdem Verführungscharakter hat, war es notwendig, daß wir in Österreich

nicht weiter einer Entwicklung zusehen, der wir bald nicht mehr Herr werden. Es war daher die Österreichische Volkspartei der Meinung, daß es hoch an der Zeit sei, durch legislative Maßnahmen dieser beängstigenden Entwicklung entgegenzutreten. Wir glaubten nicht länger zusehen zu können, daß die Regierung dem relativ tatenlos gegenübersteht, und glaubten Grund zur Annahme zu haben, daß die Regierung Dr. Kreisky vermutlich auf das Humanprogramm vergessen hat, das sie wahrscheinlich in der Tischlade hat und wo steht, daß rigorose Maßnahmen gegen den Drogenhandel verlangt werden. *(Widerspruch der Abg. Herta Winkler.)* Frau Kollegin Winkler! Sie scheinen das Humanprogramm nicht mehr zu kennen. Ich habe darin gelesen, daß Sie auch Geldmittel zur Behandlung der Süchtigen verlangen. Aber vielleicht haben Sie auf das Programm der 1400 Experten vergessen.

In der gegenständlichen Angelegenheit gab es im Dezember vergangenen Jahres eine Anfragebeantwortung des Herrn Sozialministers, die wir unbefriedigend gefunden haben. Hier wurde der Herr Sozialminister gefragt, welche Maßnahmen er ergreifen wird, um den Suchtgiftmißbrauch hintanzuhalten. Da hat er gesagt: Nach Maßgabe der vorhandenen Budgetmittel ist lediglich beabsichtigt, weitere Aufklärungsfilme gegen den Mißbrauch und so weiter anzuschaffen und den interessierten Organisationen und Veranstaltern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. — Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das erschien uns unzureichend.

Es hat sich in der Zwischenzeit der Steiermärkische Landtag mit dem Problem befassen müssen, und auch dort war man über das Ansteigen des Mißbrauches höchst beunruhigt. Man hat feststellen müssen, daß gebräuchliche Suchtgifte wie LSD und weiches DOM gar nicht in der Verbotsliste aufscheinen und daher eigentlich gar nicht unter Strafe zu stellen sind. Daher hat der Steirische Landtag den Beschluß gefaßt, das Sozialministerium aufzufordern, zumindest einmal die Suchtgiftliste zu ergänzen.

Die Antwort des Sozialministers war relativ leicht. Er meinte, man möge erst eine UNO-Konferenz, die Anfang des Jahres in Wien stattfinden wird, abwarten, diese Konferenz werde sicherlich eine Konvention beschließen, in der die psychotropen Substanzen in einer Liste erfaßt werden.

Wer nun die Schwerfälligkeit internationaler Organisationen kennt und wer auch berücksichtigt, daß sicherlich bei einigen Vertretern asiatischer Länder gewisse kommerzielle Interessen mitspielen, die sie

Dr. Marga Hubinek

vielleicht etwas weitherziger oder großzügiger dem Suchtgiftgenuß gegenüber erscheinen lassen, erwartet sich von da aus nicht allzu viel.

Das Sozialministerium hat daher in der Folge im Frühjahr dieses Jahres, am 1. April, einen Referentenentwurf ausgesandt. In diesem Referentenentwurf war lediglich eine Ergänzung der Verbotsliste, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, genügte uns keineswegs. Abgesehen von der explosionsartigen Entwicklung neuer psychotroper Substanzen entsprach die rein taxative Aufzählung keineswegs unseren Vorstellungen. Vor allem aber waren wir in wesentlichen Punkten der Meinung, daß die strafrechtlichen Bestimmungen fehlten, nämlich strenge Bestrafung jener, die aus gewinnsüchtigen Momenten oder als Händler das Rauschgift vertreiben. Kompetenzschwierigkeiten — daß also das Sozialministerium nicht über Dinge befinden kann, die eigentlich dem Justizressort zukommen — waren für uns kein hinreichendes Argument.

Es hat daher die Österreichische Volkspartei am 5. Mai dieses Jahres den gegenständlichen Antrag eingebracht, zu einer Zeit, als der Referentenentwurf des Sozialministeriums noch in Begutachtung stand. Hier haben wir eine Novellierung des Suchtgiftgesetzes 1951 verlangt, und zwar nach folgenden Grundsätzen: zunächst einmal eine Generalklausel, die möglichst schnell und möglichst unbürokratisch die Ergänzung der Verbotsliste erlaubt. Weiters sollte darin enthalten sein, daß bei Jugendlichen, die sich einer Übertretung schuldig machen, das Gericht die Möglichkeit hat, eine Ermahnung auszusprechen. Wir glauben, daß doch bei einer Mehrzahl der Jugendlichen eine Mahnung durch das Gericht Abschreckungscharakter hat. Bei allen jenen Personen, wo der Verdacht der Süchtigkeit besteht und die sich im Besitze von Suchtgift befinden, sollte ferner eine ärztliche Behandlung angeordnet werden. Wir meinten, aus Angst vor Strafe sollte sich der Süchtige nicht der ärztlichen Behandlung entziehen müssen. Die volle Strenge sollte bei den Händlern einsetzen, Anpreisung und Werbung sind unter Strafsanktion zu stellen.

Unser Antrag gelangte also nicht auf die Tagesordnung des Sozialausschusses vom 13. Mai. Es war keine qualifizierte Mehrheit zu finden, daß er auf die Tagesordnung gekommen wäre. Wir haben dann doch in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses gehört, daß die Regierung daran arbeite, eine neue Regierungsvorlage — die gegenständliche — einzubringen, und wir mögen mit unserem Antrag besser warten, bis die Regierungsvorlage da sei.

Da wir mit unserem Antrag lediglich beabsichtigt haben, die Regierung aufzufordern, in der uns so am Herzen liegenden Sache etwas zu unternehmen, haben wir tatsächlich die Diskussion abgewartet, bis die Regierungsvorlage vorhanden war. Ich glaube, daß wir mit den acht Dreiparteien-Abänderungsanträgen ein sicherlich brauchbares Gesetz erreicht haben.

Mir persönlich erscheint es sehr wichtig, daß es gelungen ist, in Form des Abänderungsantrages auch die Anpreisung und Werbung unter Verbot zu stellen. Wir haben in der letzten Zeit mehrmals erlebt, daß in Zeitschriften geschildert wurde, welche schöpferische Leistungen erbracht werden, wenn man high ist, oder wir haben die minutiöse Schilderung aus dem Privatleben bekannter Künstler, die regelmäßig Drogen nehmen, erlebt. Wenn man weiß, daß ein wenn auch kleiner Teil der Jugendlichen sich diese Personen als Leitbilder nimmt, so war es hoch an der Zeit, diese Werbung oder Anpreisung unter Strafe zu stellen.

Vielleicht noch kurz zwei Bemerkungen zum vorliegenden Gesetz, wo ich gewisse Bedenken habe: Im § 9 des Gesetzes wird dem Richter aufgebürdet, er möge entscheiden, ob eine bestimmte Menge eines Suchtgiftes dem Wochenbedarf des Süchtigen entspricht. Ich glaube, hier müßte ein Team von Psychiatern und Pharmakologen entscheiden, ob eine bestimmte Menge Wochenbedarf ist oder nicht. Hier den Richter damit zu befassen, scheint mir doch etwas problematisch.

Ein weiteres Anliegen: Bisher war der Verbrechenstatbestand für den Händler dann gegeben, wenn er 25 bis 30 Menschen süchtig gemacht hat. Die Psychiater sind der Meinung, daß angesichts einer sehr geringen Heilungschance, die man nur mit 10 Prozent annimmt, das bereits einem Mord gleichkommt, also das Moment des Süctigmachens dem Mord gleichzusetzen ist und es vollends ausreicht, wenn man drei bis vier Menschen süchtig macht oder in körperliche oder psychische Abhängigkeit bringt, um hier mit voller Schwere des Gesetzes zu agieren.

Übrigens, meine sehr geschätzten Damen und Herren, haben ja clevere Geschäftsleute in Holland bereits die Vorteile der Situation erkannt, und ein holländisches Versandhaus für Blumen und Blumenzwiebel bietet bereits heute Hanfpflänzchen für den Hausgarten an, damit man möglichst rasch zum Selbstversorger wird.

Wenn wir nun heute die Novelle zum Suchtgiftgesetz verabschieden, ist zu hoffen — und ich glaube, diese Hoffnung verbindet uns alle hier im Saale —, daß es unserer Gesell-

Dr. Marga Hubinek

schaft gelingt, eine Entwicklung in den Griff zu bekommen, deren Höhepunkt noch nicht abzusehen ist. Österreich hat sicherlich den Vorteil, daß es am Anfang einer Entwicklung steht und die Situation nicht so weit fortgeschritten ist wie in den Vereinigten Staaten, in den skandinavischen Ländern oder in England, daß wir daher also größere Erfolgchancen haben. Doch ich glaube, wir sollten uns nicht damit begnügen, heute dieses Gesetz zu verabschieden. Dieses Gesetz muß auch administriert werden, und Hinweise auf Personal-mangel bei der Exekutive oder auf fehlende finanzielle Mittel, um Süchtige zu behandeln, hielte ich für keine ausreichende Gewähr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Sucht-gift- und Rauschgiftproblem hat eine kriminalpolitische und eine sozialmedizinische Seite. Erlauben Sie mir, daß ich nur zur letzteren ein paar Anmerkungen mache, wobei ich bei den Ausführungen meiner Frau Vorrednerin anknüpfen möchte.

Sie hat mit Recht betont, daß nur etwa jeder zehnte Süchtige wirklich geheilt werden kann. Wenn man diese Zahl dann noch multipliziert mit jener anderen, wonach nur ein ebenso großer, das heißt also, sehr geringer Prozentsatz Süchtiger überhaupt in ärztliche Behandlung kommt, so ergibt sich, daß gerade auf diesem Gebiet das Wort „Vorbeugen ist besser als heilen“ ganz besondere Bedeutung hat. Ja man kann heute sagen, daß die Sucht-giftbehandlung im Rahmen der Medizin eines der größten und am wenigsten befriedigend gelösten therapeutischen Probleme ist, und das aus vielen Gründen, die ich hier nicht erörtern will.

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die Sucht und insbesondere die Sucht, mit der sich das vorliegende Gesetz beschäftigt, mannigfache sozio-kulturelle Verflechtungen aufweist, daß sie ein Problem darstellt, das eben nicht nur eine individual-therapeutische, sondern eben auch eine sozialmedizinische Seite hat und deshalb den Arzt häufig überfordert.

Daß der bedrohliche Anstieg in den Nachbarländern uns schon lange hätte veranlassen müssen, unsere kriminalpolitischen und sanitätspolizeilichen Maßnahmen auf dem Gebiet zu verstärken, kann ich nur unterschreiben. Es ist ja schon gesagt worden. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß trotz aller Verschärfung der Bestimmungen noch immer genügend Rausch- und Suchtgifte

einsickern beziehungsweise auch illegal im Lande hergestellt werden.

Wenn wir also diese Bestimmungen verschärfen haben, so war das eine höchst notwendige und lang fällige Maßnahme. Das besondere Problem aber bei der Süchtigkeit besteht darin, daß Suchtgifte grundsätzlich austauschbar sind. Das heißt also, daß man sich nicht damit beruhigen kann zu sagen, dieses oder jenes Suchtmittel sei relativ harmlos, weil es praktisch kein harmloses gibt, sondern bei einem Großteil von Menschen, die mit einem dieser sogenannten harmlosen Suchtgifte in Berührung gekommen sind, sich eine Eskalation einstellt und der Betreffende zu immer gefährlicheren Suchtgiften greift oder zu ihnen nach dem Mechanismus der inneren Zwangsläufigkeit der Suchtkrankheit greifen muß.

Infolgedessen kann unseres Erachtens der Kreis jener Drogen und Stoffe, die wir unter die Sanktionen des Suchtgiftgesetzes stellen, gar nicht groß genug gefaßt werden, und hier wäre einem Exzeß des Gesetzgebers eher das Wort zu reden, als einer aus welchen Überlegungen immer sich auferlegten Zurückhaltung.

Dennoch ist uns klar, daß der taxativen Erfassung gewisse Grenzen gezogen sind. Ich glaube aber, daß die vorgesehene Verordnungsermächtigung die verantwortlichen Stellen veranlassen wird, hier wirklich rechtzeitig und vorbeugend einzugreifen. Immer wieder haben wir es im Laufe der letzten Jahre erlebt, daß als harmlos und ungiftig deklarierte Drogen nach mehr oder weniger langer Zeit als recht gefährliche Suchtgifte entlarvt wurden.

Ich verweise dann im besonderen auf den Zusammenhang zwischen steigender Kriminalität und Sucht, nicht nur einer spezifischen Kriminalität, über die man noch reden könnte, nämlich jener, die die Übertretungen und Verstöße gegen das Suchtgiftgesetz umfaßt — das heißt, alle jene Dinge, die mit der ungesetzlichen Beschaffung von Suchtgiften zusammenhängen. Der Süchtige ist im ganzen vermehrt anfällig für ein kriminelles Verhalten, und es kommt demnach eine wirksame Suchtgiftprophylaxe, ein wirksames Suchtgiftgesetz zur möglichsten Verhütung von Süchtigkeit auch einer Prophylaxe gegen das Verbrechen schlechthin zustatten.

Dazu kommt noch, daß die Kriminalität der Rauschgiftsüchtigen keineswegs zu den harmlosen Formen der Kriminalität zu rechnen ist, sondern daß diese Kriminalität, wie uns ja einschlägige Prozesse im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ gerade in den letzten Jahren gezeigt haben, die Form massiver,

Dr. Scrinzi

brutaler Aggressionsdelikte annehmen kann, daß es also eine sehr gefährliche Form der Kriminalität ist, die im Rahmen und im Umkreis der Süchtigen erzeugt wird. Das zeigen die Vergehen, die durch Gruppen, die durch Gangs und so weiter gesetzt werden. Klassisches Beispiel ist ja die Manson-Bande, die die Spalten der Welpresse in den letzten Monaten lange genug gefüllt hat; allerdings, muß ich sagen, häufig in einer bedenklich sensationell aufgemachten Form, wo es offensichtlich weniger die Absicht war, durch die Darstellung dieser unglaublichen Verbrechen in Konsequenz diese rauschgiftsüchtigen Gruppen im Sinne der Abschreckung darzustellen, sondern eher aus diesen Dingen ein recht beachtliches verlegerisches Geschäft zu machen.

Ich darf auch darauf verweisen, daß die Sexualkriminalität in einer besonderen Affinität zur Rauschgift-, Suchtgiftsüchtigkeit steht und daß überhaupt manche Formen sexueller Entartung, der wir uns zunehmend ausgesetzt sehen und der gegenüber es meiner Auffassung nach auch an der Zeit wäre, wirksamer als bisher vorbeugend einzugreifen, auf sie zurückzuführen sind. Auch dahin also wirkt sich die Rauschgiftsucht verhängnisvoll aus.

Die heute zu beschließende Gesetzesvorlage beziehungsweise -novelle ist deshalb aus mehrfachen Gründen zu begrüßen. Aber sie wird nur wirksam werden können, wenn wir zugleich die mit der Bekämpfung des Rauschgift Handels, der Rauschgifterzeugung befaßten Stellen besser als bisher mit den personellen und instrumentellen Möglichkeiten ausstatten.

Rauschgiftbekämpfung ist eine sehr aufwendige Sparte der Kriminalpolizei, wie der Herr Innenminister bestätigen wird, aber wie die gerade vorhin ausgeführten sozialmedizinischen Aspekte zeigen, ist das die einzige Möglichkeit, um nicht wiedergutzumachende gesundheitspolitische, aber auch ganz allgemein soziale Schäden auf die Dauer zu verhüten, denn ich wiederhole noch einmal: Man kann im allgemeinen nur damit rechnen, daß von rund hundert faktisch Süchtigen nur etwa zwei bis drei wirklich geheilt werden können.

Deshalb hat auch meine Partei dieser Regierungsvorlage ihre Zustimmung gegeben und begrüßt, daß sie heute Gesetz werden kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Kein Einwand.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (427 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Hausbesorgergesetz geändert wird (497 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Hausbesorgergesetz geändert wird.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Herta Winkler. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Herta Winkler: Hohes Haus! Für den Ausschluß für soziale Verwaltung bringe ich den Bericht über das Bundesgesetz, mit dem das Hausbesorgergesetz geändert wird.

Der § 29 des Hausbesorgergesetzes 1970, BGBl. Nr. 16/1970, verfolgte den Zweck, Entgeltminderungen aus Anlaß des Inkrafttretens des neuen Hausbesorgergesetzes hintanzuhalten. Trotzdem ist es durch unrichtige Auslegung dieser Bestimmung in der Praxis zum Teil zu beträchtlichen Entgeltminderungen gekommen. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll der § 29 des Hausbesorgergesetzes 1970 in der Weise novelliert werden, daß einer unrichtigen Auslegung die Grundlage entzogen wird.

Um bisherige Entgeltminderungen zur Nachzahlung bringen zu können, sieht der Entwurf sein rückwirkendes Inkrafttreten mit 1. 7. 1970, dem Tage des Geltungsbeginnes des neuen Hausbesorgergesetzes, vor.

Im Artikel I sollen mit der Novelle gleichzeitig Redaktionsversehen im Hausbesorgergesetz 1970 berichtigt werden.

Der Ausschluß für soziale Verwaltung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am

Herta Winkler

21. Juni 1971 der Vorberatung unterzogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Wedenig und Melter.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit Stimmeneinhelligkeit unverändert angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für soziale Verwaltung den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (427 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte in einem abzuhalten.

Präsident Dr. **Maleta**: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Die Frau Berichterstatterin beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Kein Einwand.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (442 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Heeresversorgungsgesetz geändert wird (9. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz) (498 der Beilagen)

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: 9. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz.

Da der Abgeordnete Anton Schlager abwesend ist, wird an seiner Stelle der Vorsitzende des Ausschusses, Horr, den Bericht erstatten. — Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Horr**: Der gegenständliche Gesetzentwurf sieht Verbesserungen der Leistungen nach dem Heeresversorgungsgesetz vor. Er nimmt in Aussicht, daß Mindestleistungen nach dem Heeresversorgungsgesetz künftighin entsprechend den Bestimmungen des Kriegsoferversorgungsgesetzes gebühren. Weiters schlägt er Verbesserungen bei der

Gewährung der Schwerstbeschädigtenzulage sowie bei Berechnung des landwirtschaftlichen Einkommens vor.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 in Verhandlung gezogen und beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Im Namen des Ausschusses für soziale Verwaltung stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (442 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte, wenn notwendig, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Kein Einwand.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

6. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (444 der Beilagen): Übereinkommen (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken (499 der Beilagen)

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Übereinkommen (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hellwagner. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Hellwagner**: Hohes Haus! Herr Präsident! Ich berichte namens des Ausschusses für soziale Verwaltung über das Übereinkommen (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken.

Hellwagner

Die allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation hat am 23. Juni 1965 das gegenständliche Übereinkommen angenommen.

Nach Anpassung der österreichischen Rechtslage an die Bestimmungen des Vertrages und Vorsorge für die in Durchführung des Übereinkommens notwendigen Maßnahmen, hat die Bundesregierung dieses entsprechend der vom Nationalrat der XI. Gesetzgebungsperiode am 12. April 1969 gefaßten Entschlie-ßung zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat das Übereinkommen in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 in Verhandlung gezogen und nach einer Wortmeldung des Abgeordneten Wedenig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung dieses Übereinkommens zu empfehlen.

Da die innerstaatlichen Normen den Bestimmungen des Übereinkommens entsprechen, erscheint es zweckmäßig, von der Möglichkeit des Ausschlusses der generellen Transformation gemäß Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz Gebrauch zu machen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt daher den **Antrag**, der Nationalrat wolle

1. dem Übereinkommen (Nr. 124) über die ärztliche Untersuchung Jugendlicher im Hinblick auf ihre Eignung zur Beschäftigung bei Untertagearbeiten in Bergwerken (444 der Beilagen) die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen,

2. beschließen, daß dieses Übereinkommen durch die Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir kommen somit zur **Abstimmung**.

Zuerst lasse ich über das Übereinkommen selbst abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, dem gegenständlichen Übereinkommen die Genehmigung zu erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — **Einstimmig angenommen.**

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Ausschusses abstimmen, festzulegen, daß das vorliegende Übereinkommen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu

ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — **Einstimmig angenommen.**

7. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung (III-44 der Beilagen) betreffend das Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft und die Empfehlung (Nr. 133) der Internationalen Arbeitsorganisation (500 der Beilagen)

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung betreffend das Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft und die Empfehlung (Nr. 133) der Internationalen Arbeitsorganisation.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Pansi. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Pansi**: Herr Präsident! Hohes Haus! Im Namen des Ausschusses für soziale Verwaltung habe ich über den Bericht der Bundesregierung betreffend das Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft und die Empfehlung (Nr. 133) der Internationalen Arbeitsorganisation (III-44 der Beilagen) zu berichten.

Der dem Ausschuß zur Vorberatung vorgelegene Bericht hat den Inhalt des genannten Übereinkommens und der genannten Empfehlung sowie die sich aus der Ratifikation des Übereinkommens sowie der Durchführung der Empfehlung für den innerstaatlichen Bereich ergebenden Konsequenzen zum Gegenstand. Durch das Übereinkommen soll der Arbeitnehmerschutz in der Landwirtschaft sichergestellt werden. Die Empfehlung enthält einen Katalog von Grundsätzen über die Durchführung der in dem Übereinkommen normierten Arbeitsaufsicht.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den Bericht in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Melter und Doktor Halder sowie des Vizekanzlers Ing. Häuser beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle den von der Bundesregierung vorgelegten Bericht (III-44 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wortmeldungen liegen keine vor.

Präsident Dr. Maleta

Wir gelangen somit zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, den vorliegenden Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig **a n g e n o m m e n**.

8. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung (III-56 der Beilagen) zur Entschließung des Nationalrates vom 1. 12. 1970 betreffend die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz (501 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 8. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung betreffend die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Windsteig. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Windsteig**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich referiere namens des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Nationalrates vom 1. Dezember 1970 betreffend die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz (III-56 der Beilagen).

Mit Entschließung vom 1. Dezember 1970 hat der Nationalrat die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem eine weitere Bemessungsgrundlage im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz in Anlehnung an die Bestimmungen des § 239 ASVG eingeführt wird.

Hiezu teilt die Bundesregierung im vorliegenden Bericht mit, daß auf Grund der am 1. Jänner des laufenden Jahres in Kraft getretenen Regelung für die in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen auf dem Gebiet der Pensionsversicherung der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet erscheint, Leistungsverbesserungen vorzunehmen, da die Auswirkungen des geltenden Leistungsrechtes derzeit noch nicht bekannt sind. Weiters könnte die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage strukturellpolitisch unerwünschte Folgen haben und auch dazu mißbraucht werden, die Beitragsleistung — ohne eine entsprechende Schmälerung der zu erwartenden Leistung in Kauf nehmen zu müssen — zu verringern.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den Bericht in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Halder, Anton Schlager, Pansi und Melter sowie des

Vizekanzlers Ing. Häuser beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Weiters nahm der Ausschuß einen vom Abgeordneten Melter eingebrachten **Entschließungsantrag**, dem die Abgeordneten Anton Schlager und Dr. Reinhart beitraten, betreffend die Vorlage eines Berichtes durch die Bundesregierung über die Gebarung der Bauern-Pensionsversicherung an.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle

1. vom Bericht der Bundesregierung (III-56 der Beilagen) Kenntnis nehmen,
2. die dem Ausschußbericht beigedruckte Entschließung annehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bin ich ermächtigt, die Abführung von General- und Spezialdebatte in einem zu beantragen.

Präsident Dr. Maleta: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen somit zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, von dem gegenständlichen Bericht der Bundesregierung Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig **a n g e n o m m e n**.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den zu diesem Bericht eingebrachten Entschließungsantrag, der dem Ausschußbericht beige-
druckt ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig **a n g e n o m m e n**. (E 50.)

9. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (410 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (503 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 9. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Windsteig. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Windsteig**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte namens des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über das Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird.

Auf Grund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 16. Oktober 1970,

Windsteig

Zl. G 9/70-11, V 3, 4, 5/70, verliert die Postgebührenordnung 1966, BGBl. Nr. 270, in der Fassung BGBl. Nr. 290/1968 ihre gesetzliche Grundlage.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen daher die Grundlagen für die Gebührenbemessung, die bisher in der Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 291/1968 enthalten sind, sowie die Höhe der Postgebühren in das Postgesetz aufgenommen werden. Dies soll dadurch erfolgen, daß die gebührenrechtlichen Merkmale — dazu zählen insbesondere die Arten der Postsendungen — in eine Anlage 1, die Höhe der Gebühren in eine Anlage 2 aufgenommen werden sollen.

Mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 2. März 1970, Zl. K II-2/69, wurde festgestellt, daß es in die Zuständigkeit des Bundes (Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen) falle, Liegenschaftseigentümer gesetzlich zu verpflichten, Abgabebriefkästen (Hausbrieffachanlagen) anzubringen. Es sollen daher entsprechende Bestimmungen in den vorliegenden Entwurf des Postgesetzes aufgenommen werden.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 22. Juni 1971 der Vorberatung unterzogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Landmann, Troll, Glaser, Ing. Scheibengraf und Neuhauser sowie der Bundesminister für Verkehr Fröhbauer.

Zu der Regierungsvorlage brachten die Abgeordneten Glaser, Neuhauser und Genossen einen gemeinsamen Abänderungsantrag ein.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unter Berücksichtigung des gemeinsamen Abänderungsantrages der Abgeordneten Glaser, Neuhauser und Genossen mit den dem Ausschlußbericht beigedruckten Abänderungen einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf 410 der Beilagen mit den dem Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bin ich ermächtigt, zu beantragen, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Dr. Maleta: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. — Kein Einwand.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

10. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über den vom Bundesminister für Verkehr (III-57 der Beilagen) vorgelegten Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970 (504 der Beilagen)

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 10. Punkt der Tagesordnung: Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Suppan. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter Suppan: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte im Auftrag des Verkehrsausschusses über den Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970.

Gemäß § 17 des Bundesgesetzes vom 20. Mai 1952 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 13. März 1957 über die Verkehrs-Arbeitsinspektion hat das Bundesministerium für Verkehr dem Nationalrat den Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen des Verkehrs-Arbeitsinspektorates im Jahre 1970 vorgelegt.

Dem Bericht ist zu entnehmen, daß es bei gleichbleibendem Personalstand von 19 Bediensteten und einer Anzahl von rund 11.500 Betrieben mit rund 160.000 Dienstnehmern, bei denen dem Verkehrs-Arbeitsinspektorat die Wahrnehmung des gesetzlichen Dienstnehmerschutzes obliegt, gelang, auch in diesem Jahr die Leistungen des Verkehrs-Arbeitsinspektorates durchwegs zu steigern, und zwar

a) hinsichtlich der Beanstandungen von 15.268 im Jahre 1969 auf 16.283 im Jahre 1970,

Suppan

b) hinsichtlich der besuchten Betriebe von 4345 im Jahre 1969 auf 4578 im Jahre 1970 und

c) hinsichtlich der durch Inspektionen erfaßten Dienstnehmer von 105.617 im Jahre 1969 auf 107.354 im Jahre 1970.

Die Gesamtzahl der dem Verkehrs-Arbeitsinspektorat zur Kenntnis gebrachten Unfälle ist leicht angestiegen und beträgt 9948 gegenüber 9849 im Jahre 1969; davon verliefen 45 Unfälle tödlich, um fünf mehr als im Vorjahr.

Der ausführliche Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates zeigt, daß bei gleichbleibendem Personalstand die leistungsmäßige Aufwärtsbewegung der letzten Jahre durch die naturgemäß immer größer werdende Routine auch im Berichtsjahr fortgesetzt werden konnte.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat den Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970 in seiner Sitzung am 22. Juni 1971 in Verhandlung gezogen. Zum Gegenstand sprach außer dem Berichterstatter Abgeordneter Ing. Scheibengraf.

Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970 zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bin ich beauftragt, General- und Spezialdebatte unter einem zu beantragen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen somit zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, den vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1970 zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — **Einstimmig a n g e n o m m e n**.

11. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung (III-60 der Beilagen) über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene (502 der Beilagen)

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gelangen zum 11. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Herta Winkler. Ich bitte sie, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatterin Herta **Winkler**: Hohes Haus! Namens des Ausschusses für soziale Verwaltung berichte ich über den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene.

Der gegenständliche Bericht führt im Abschnitt I einleitend aus, daß die stürmische Entwicklung der Technik und die zunehmende Industrialisierung während der letzten Jahrzehnte zu wesentlichen Eingriffen in die natürliche Umwelt des Menschen geführt haben. Durch die menschlichen Einflüsse besteht nicht nur die Gefahr, daß das biologische Gleichgewicht der Natur selbst gestört, sondern auch die Umwelt des Menschen in einer Weise nachteilig beeinflusst wird, die geeignet ist, die Gesundheit des Menschen ernsthaft zu beeinträchtigen.

Um auf Bundesebene die überaus wichtigen Fragen der Umwelthygiene zu behandeln, hat der Ministerrat auf Grund eines Berichtes des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Juli 1970 die Einsetzung eines Interministeriellen Komitees beschlossen. Dieses Komitee hatte die Aufgabe, die Lage auf den einzelnen Teilgebieten der Umwelthygiene festzustellen, Maßnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen und die Arbeiten der einzelnen Ressorts zu koordinieren.

In Abschnitt II des Berichtes ist die Bestandsaufnahme der wesentlichen Faktoren enthalten, die in Österreich zur Umweltverschmutzung beitragen. Diese Bestandsaufnahme wurde erstmals in Österreich auf Grund der Arbeiten des Interministeriellen Komitees durchgeführt.

Abschnitt III des Berichtes enthält eine Übersicht der wichtigsten Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung.

Abschnitt IV enthält eine Darstellung der Maßnahmen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Umweltverschmutzung, die die einzelnen Ressorts getroffen haben.

Abschnitt V berichtet von interministeriellen Maßnahmen.

Abschnitt VI gibt eine Darstellung der Mitarbeit Österreichs auf internationaler Ebene.

Abschnitt VII gibt einen Ausblick auf die Schwerpunkte der weiteren Arbeiten; im einzelnen werden diese sein:

1. Schaffung geeigneter organisatorischer und rechtlicher Grundlagen für eine zielführende und koordinierte Behandlung der Probleme der Umweltverschmutzung.

Herta Winkler

2. Systematische Erfassung und kontinuierliche Überwachung der wichtigsten Faktoren der Umweltverschmutzung.

3. Vertiefung des Wissens über Auswirkung der Faktoren der Umweltverschmutzung auf die Gesundheit des Menschen.

4. Erforschung und Entwicklung wirtschaftlicher, „umweltgerechter“ technologischer Verfahren und Erzeugnisse.

5. Heranbildung entsprechend qualifizierten Personals zur Durchführung der Maßnahmen des Umweltschutzes.

6. Vorbereitung zwischenstaatlicher Übereinkommen über den Umweltschutz.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 21. Juni 1971 in Verhandlung gezogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Melter, Doktor Marga Hubinek, Kinzl, Dr. Blenk, Doktor Kerstnig, Franz Pichler, Wedenig, Titze, Burger sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Horr und der Vizekanzler und Bundesminister für soziale Verwaltung Ing. Häuser.

Es wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale Verwaltung somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene (III-60 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Die Frau Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Ein Einwand wird nicht erhoben.

Wir gehen in die Debatte ein. Als erste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hanna Hager. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Hanna **Hager** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat uns einen Bericht über die Lage auf dem Gebiete der Umwelthygiene vorgelegt. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß noch nicht alle Damen und Herren des Hohen Hauses Zeit und Gelegenheit gefunden haben, diesen Bericht durchzulesen, geschweige denn ihn zu studieren. Ich würde aber doch empfehlen, sich diesen Bericht genau anzusehen, der uns so deutlich vor Augen führt, in welch großer

Gefahr wir alle leben, und daß Umweltschutz und Umwelthygiene alle Österreicherinnen und Österreicher angeht, denn alle zusammen sitzen wir in ein und demselben Boot. Daher das Gebot der Stunde: Umweltschutz verstärken, damit wir der zunehmenden Vergiftung unserer Umwelt auch entgegenwirken können!

Die Verunreinigung der Gewässer, hervorgerufen unter anderem auch durch das Fehlen moderner und ausreichender Kläranlagen, sowie die schädlichen Industrieabwässer haben ein alarmierendes Ausmaß angenommen. Die Seen, Flüsse und Bäche sind gefährdet, aber auch die darin befindlichen Lebewesen. Wiederholt kann man in den Zeitungen Überschriften, wie „Skandal um giftige Abwässer“ oder wie zum Beispiel in Oberösterreich „Gifftod mehrerer Zuchtrinder durch Tränke an verseuchten Bächen“ oder aber „Das Fischsterben geht weiter“ lesen.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Das sind doch Alarmzeichen, die uns wohl alle angehen und die wir auch hören sollen.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag, so schreibt eine deutsche Zeitung, im gleichen Blatt konnte man aber lesen, daß 400.000 Tonnen 20prozentige schwefelige Säure jährlich in den Rhein entlassen werden. Diese Werbeslogans von einer schöneren Welt können nicht über die Wirklichkeit hinwegtäuschen, daß die Welt, unsere Welt, mit jedem Tag lebensfeindlicher wird.

Die Straßen, sie werden schöner! Aber sie sind vollgestopft mit Autos. Daher ist es ebenso beunruhigend, wenn man an die Verschmutzung der Luft durch die Abgase der Kraftfahrzeuge und durch Industrieabgase denkt. Schwere Erkrankungen, als Folge der verpesteten Luft, sind wahrzunehmen, und sie sind Vorboten einer Bedrohung der Volksgesundheit. Die Welt wird kleiner! Die Giganten der Luft sorgen dafür. Aber auch hier gibt es die Kehrseite. In der von mir zitierten deutschen Zeitung wird angeführt, daß zum Beispiel eine Boeing 707 beim Start Auspuffdünste im Ausmaß von 6850 fahrenden VW-Käfern hinter sich läßt. Amerikanische medizinische Statistiker haben errechnet: Könnte die Luftverschmutzung nur um die Hälfte verringert werden, würde die Zahl der Herz- und Kreislauferkrankungen um 10 bis 15 und die Lungenerkrankungen um 25 Prozent gesenkt werden. Verfünffacht hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Todesfälle durch Lungenemphysem.

Ich weiß, daß diese errechneten Zahlen für unseren engeren Lebensraum heute noch astronomisch sind. Aber wie lange noch? Das,

Hanna Hager

Hohes Haus, muß uns ernstlich beschäftigen. Nachdenklich stimmt es uns auch, wenn man in den Zeitungen liest, daß die Säuglingssterblichkeit zum Beispiel in Amerika im Ansteigen begriffen ist, die gleichen Anzeichen aber auch bei uns in Österreich sich bemerkbar machen.

Wenn auch im Augenblick dies alles vorwiegend die hochindustrialisierten Länder betrifft, so werden auch wir uns in nicht allzu ferner Zukunft intensiver damit beschäftigen müssen, denn die Schädigung der Umwelt, die wir heute verursachen, oder das Nichtbeachten des Umweltschutzes könnte zu einer Katastrophe führen, und zwar nicht in einer Zeitspanne von vielen Generationen, sondern noch zu unserer Zeit oder doch zur Zeit unserer Kinder.

Wir gehen fehl, wenn wir glauben, die Umwelt sei in Ordnung, weil sich Autokolonnen am Wochenende in die scheinbar noch giftfreie Landschaft wälzen. Solange die meisten glauben, mit der Lösung der Umweltprobleme habe es für den einzelnen noch Zeit, weil ja immer noch Hilfskräfte da sind, die die angeschwemmten Plastikeimer und Bierkisten aus PVC von Ufer, Wald und Wiese wegräumen, der verfällt in einen großen Irrtum.

Der Bericht, der uns nun vorliegt, beinhaltet nicht nur alarmierende Zahlen, Ziffern und Feststellungen, der Bericht beinhaltet auch die Stellungnahmen der damit befaßten Ministerien. Wir können aus dem Bericht auch die interministeriellen Maßnahmen erkennen. Das Sozialministerium hat damit bewiesen, daß wohl ein kleiner Schritt gesetzt wurde; daß weitere folgen werden und folgen müssen, ergibt sich wohl aus der Notwendigkeit. Es wird nun an uns liegen, diese Erkenntnisse auszuwerten und zu verwenden. Sicherlich sind es erst kleine Schritte, und wir betreten damit Neuland, aber der Umweltgedanke ist nun da und ist wachgerüttelt.

Dabei dürfen wir aber nicht ausschließlich an die Industrie denken; auch dem scheinbar noch kleinen Übel unseres eigenen Haushalts müssen wir die nötige Bedeutung beimessen. Umweltschutz muß schon im eigenen Haus beginnen! So ist uns etwa die moderne Verpackung ja sehr sympathisch, weil sie eben freundlich, weil sie hygienisch ist. Aber wohin mit all dieser Verpackung, die weder verbrannt noch vergraben werden kann, weil sie weder verkohlt und auch nicht verrottet? Wo mit all diesem Müll hin, der von Tag zu Tag mehr wird und im eigenen Haushalt nicht mehr vernichtet werden kann und der uns buchstäblich schon über den Kopf zu wachsen droht?

Wir es uns gelingen, mit diesem Problem fertig zu werden, Müllverbrennungsanlagen zu errichten, Kanal- und Kläranlagen zu bauen, und zwar in Bälde, denn Umweltschutz sind Gedanken nicht für die Zukunft, sondern vielmehr schon für die Gegenwart? Wollen wir auch diesbezüglich vor der kommenden Generation bestehen, müssen wir schon heute das fast Unmögliche möglich machen. Es müssen Bund, Länder, Gemeinden, aber auch jeder einzelne Staatsbürger mithelfen, um das bewältigen zu können, was uns die neue Zeit bezüglich Umweltschutz, Umweltschmutz entgegenbrachte. Es gilt, wenn die Menschheit überleben will, sich schon in der Gegenwart an eine vorauszuberechnende Zukunft anzupassen.

Ich glaube, daß die Worte eines amerikanischen Senators auch für uns in Anwendung zu bringen sind, der sagte: „Die Welt, sie hat sich so rasch verändert, denn das Morgen kam schon gestern.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs feststellen, daß ich für die Tagesordnung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Wenn Sie mich heute ein zweites Mal hören müssen, bitte ich dies zu entschuldigen.

Der vorliegende Bericht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine Bestandsaufnahme des Interministeriellen Komitees, das zweimal getagt hat, und zwar in Abständen von je einem halben Jahr, was sicherlich nicht gerade für ein sehr zügiges Tempo spricht.

Der Bericht, den wir vorliegen haben, umfaßt 44 Seiten, wovon auf 43½ Seiten eine Bestandsaufnahme gemacht wird, es werden alle jene Institutionen aufgeführt, die sich mit Fragen der Umwelt befassen. Es werden aber auch alle Maßnahmen auf Bundesebene und Landesebene angeführt, die einschlägigen Charakter haben. Die Aufstellung ist nicht vollständig, weil zwei Landesregierungen der Einladung der Regierung anscheinend nicht Folge geleistet haben. Nun, die Aufstellung ist sicherlich ausführlich, sie ist ungefähr halb so spannend wie der letzte „Spiegel“-Bericht.

Für die weiteren Maßnahmen in den Fragen der Umwelthygiene bleibt in dem 44 Seiten starken Bericht eine halbe Seite. Aus dem Bericht werden leider keine Schlußfolgerungen gezogen, es sind keine Prioritäten ersichtlich,

Dr. Marga Hubinek

und ich kann leider den Enthusiasmus meiner Vorrednerin nicht ganz teilen.

Sicherlich sind einige bemerkenswerte Hinweise enthalten, zum Beispiel, daß es dem Herrn Verkehrsminister gelungen ist, die Umstellung von Dampflokomotiven auf Elektrolokomotiven zu erreichen; es ist sicherlich auch ein sehr wertvoller Beitrag, daß es der Postverwaltung gelungen ist, die Paketkraftwagen von Diesel- auf Elektrobetrieb umzustellen, aber ich glaube, alles in allem gesehen, ist es vielleicht nicht ganz das, was wir uns erwartet hätten.

Diesem Bericht ist vor allem sehr deutlich zu entnehmen, daß in allen Ministerien in diversen Arbeitsausschüssen gearbeitet wird. Aber es ist ein Nebeneinander, und für Umweltschutz ist jedes Ressort und, genau genommen, kein Ressort verantwortlich; überall sind einige Fragen beheimatet.

Das Sozialministerium ist federführend, und es hat sich mit einer Aufzählung von Institutionen begnügt, was nicht ganz unseren Erwartungen entspricht. Es fehlt vor allem die Koordinierung der diversen Arbeitsausschüsse. Ich glaube daher, daß sicherlich dort oder da sehr wertvolle Arbeit geleistet wird, aber ihre Effektivität ist bescheiden.

Eines ist dem unbefangenen Betrachter klar: Hier sind die Kompetenzen arg zersplittert. Bei der Überwachung von Gewässern, Luft und Boden haben in der gleichen Sache jedes Ministerium, jede Landesregierung, ja sogar die Gemeinden mitzureden. Die Gemeindeautonomie konkurriert hier mit einer einheitlichen Regelung, und daß in diesem Gesetzesdschungel praktisch jede Initiative steckenbleiben muß, das ist eine sehr bedauerliche Erkenntnis.

Bis auf die Steiermark hat keine Landesregierung einen Beauftragten, der sich mit Umweltschutz befaßt. Meist sind es nur Naturschutzreferenten, und die unterschiedliche Wertung des Naturschutzreferenten geht auch aus der unterschiedlichen Dotation in den Budgetvoranschlägen der Landtage der einzelnen Länder hervor. Umweltschutz ist aber nicht Naturschutz, es ist mit diesem keineswegs ident.

Daß heute jede Landesregierung eine sehr divergierende Ansicht über Fragen des Umweltschutzes hat, zeigt sich an der grotesken Situation des Verbotes der Motorschifffahrt am Wolfgangsee, wo auf der oberösterreichischen Seite des Sees das Verbot Gültigkeit hat, während man auf dem Salzburger Teil noch immer mit dem Motorboot fahren darf.

In dem Wirrwarr der Kompetenzen hat sich das Interministerielle Komitee als nicht sehr

wirkungsvoll erwiesen. Die Kompetenzbereinigung müßte nach unserer Meinung nach sehr klaren sachlichen und organisatorischen Kriterien erfolgen. Eine Neuordnung der Kompetenzen halten wir für sehr dringend geboten.

Als wirkungsvolles Instrument erschiene uns darüber hinaus ein unabhängiges Institut für Umweltfragen — es kann dies ein Arbeitstitel sein —, ein Institut, das nach unseren Vorstellungen eine ähnliche Stellung einnimmt wie der Rechnungshof. Dort sollten Fachleute und Wissenschaftler aus jedem Ressort arbeiten, die nicht nur eine zentrale Forschungsdokumentation aufbauen, sondern auch die Prioritätenliste der künftigen Forschungsaufträge bestimmen. Daß eine einheitliche Normierung und einheitliche Meßmethoden notwendig sind, weiß jeder. Dieses Institut müßte einmal jährlich dem Parlament einen ungeschminkten Bericht vorlegen, wo man den Finger auf die Wunde legt.

Die Konstruktion des Institutes wurde deshalb gewählt, weil im Falle, daß ein Ministerium einen Bericht vorzulegen hat, dieser Bericht möglicherweise im Ministerrat hängenbleiben könnte. Wenn es sich um eine ähnliche Konstruktion wie beim Rechnungshof handelt, so müßte dieser Bericht auf jeden Fall ins Parlament gelangen.

Wenn uns schon unsere Finanzen so viel wert sind, daß wir die Konstruktion eines Rechnungshofes geschaffen haben, so müßte uns doch eigentlich unsere Gesundheit mindestens gleich viel wert sein. Ich stelle mir diese Institution als eine Art Ombudsman für Umweltschutz vor. Selbstverständlich müßte hier ein Zentrallaboratorium angeschlossen sein, das sich mit der Überwachung der Biosphäre beschäftigt. Auch wären von hier aus die internationalen Kontakte zu pflegen.

Es hat in der vergangenen Woche in Ottawa ein internationaler Kongreß, der sich mit Erfassung und Messung von umweltverschmutzenden Schadstoffen befaßte, stattgefunden: Dort hat man beklagt, daß die weltweite Kommunikation und die internationale Zusammenarbeit zu wünschen übrig läßt. Ich glaube, hier hätte Österreich eine große Chance. Die Vereinigten Staaten haben sehr großzügig Mittel zur Forcierung der Forschung angeboten, und dabei böte sich Österreich eine große Chance; denn wir haben gute Arbeit bei der Verwertung fester Abfallstoffe geleistet und hätten die Möglichkeit, diese Erkenntnisse unserer Wissenschaftler zu verwerten.

Umweltschutz war bisher ein Anliegen für Ästheten. Heute tritt die Motivation der Über-

Dr. Marga Hubinek

lebenssicherung in den Vordergrund, und Biologen und Mediziner prognostizieren schon heute für die nähere Zukunft katastrophale Folgen verschiedener Unterlassungssünden.

Unser Bericht sagt über dergleichen Prognosen nichts aus. Wir sind es zufrieden, daß die Paketzustellwagen der Post umgestellt werden, und sonst beunruhigt uns im allgemeinen nichts. Das Argument, daß die Situation in Österreich ja keineswegs mit der im Ruhrgebiet und in England vergleichbar ist, ist sicher keine Beruhigungsspiel, denn es ist wahrscheinlich nur Frage einer relativ kurzen Zeit, bis wir in einer ähnlichen Situation befinden. Vielleicht mag der Hinweis auf die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik die sozialistische Regierung etwas beunruhigen, die immerhin über die alarmierende Zunahme des Schwefeldioxydgehaltes der Wiener Luft etwas aussagt, nämlich daß zu bestimmten Jahreszeiten, zum Beispiel während der Heizperiode, wenn der berühmte Wiener West-Ostwind nicht weht, die Belästigungen durch Schwefeldioxydgehalt bereits die Toleranzgrenze erreichen und überschreiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind mit Recht stolz auf unsere Verfassung. In unserer Verfassung gibt es aber keinen Kompetenztatbestand, der den verfassungsrechtlichen Schutz des Rechtes auf gesunde Umwelt oder gesunden Lebensraum garantiert. Dieser Schutz scheint uns der Verankerung des Eigentumsrechtes zumindest gleichrangig zu sein. Wenn sich die erkonservativen Schweizer als Bahnbrecher des Fortschrittes erwiesen haben und vor kurzem den Umweltschutz in der Verfassung verankert haben, so haben den Anstoß dazu die Kassandrarufer der Wissenschaftler geliefert. Sicherlich mag dort oder da ein Aspekt des Fremdenverkehrs einen Anstoß gegeben haben, aber ich glaube, auch Österreich schöpft einen Teil seiner Devisen aus dem Fremdenverkehr, und nicht einmal einen unbeträchtlichen Teil.

Unabhängig von einer laufenden und noch zu erwartenden Grundlagenforschung sollten alle jene Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die bestehenden Gesetze bieten. Wir haben in Österreich ein vorbildliches Wasserrechtsgesetz aus dem Jahre 1959. Wesentliche Beiträge zum Gewässerschutz haben dabei der Wasserwirtschaftsverband und die Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung geleistet. Doch was nützen die besten Gesetze, wenn die Kontrolle am Personalmangel und mangels finanzieller Mittel versagt? Vor allem bedürfte es einer laufenden Kontrolle, und da versagen wir.

Es besteht auch die Möglichkeit, die bestehenden Gesetze zu adaptieren. Wir hätten in diesem Haus ja sehr bald eine Chance: Das Wohnungsverbesserungsgesetz, das in diesem Haus zur Behandlung gelangen wird, sollte nicht nur den Einbau von WCs und Badezimmern fördern, sondern auch eine bessere Schallisolierung, weil dadurch die Lärmquellen verringert würden und wir nicht mehr zwangsläufig genötigt wären, am Familienleben des Nachbarn teilzuhaben.

Ein Beispiel, wie es nicht sein sollte, ist die Kraftfahrzeugnovelle, die derzeit im Handelsausschuß verhandelt wird, in der eine nichtsagende und ungenügende Formulierung des § 4 keine Aussagen über den dem Kraftstoff beizumengenden Bleigehalt enthält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen an diesem Bericht nicht nur Kritik üben, sondern auch echte Alternativen anbieten, wobei wir keineswegs den Anspruch auf Originalität erheben; aber wenn wir über unsere Grenzen sehen und die Ideen aufgreifen, die anderswo praktiziert werden, so werden wir sicherlich manche brauchbare Lösung finden.

Darf ich mich jetzt kurz der Luftverschmutzung zuwenden, einem Problem, das auch meine Vorgängerin gestreift hat. Der Rechtsausschuß des Städtebundes hat seine Vorstellungen über ein Luftreinhaltegesetz schon ziemlich weit präzisiert gehabt. Es war ein Gesetz, das man als Rahmengesetz verstanden wissen wollte und das alle drei Gruppen von Luftverunreinigern umfassen sollte: Hausbrand, Kraftfahrzeuge und Industrie, wobei sich die Reihenfolge sicherlich nach lokalen Gesichtspunkten ändert. In den Ballungsräumen wird es hauptsächlich der Hausbrand sein, im ländlichen Bereich vielleicht eine Industrie, die dort angesiedelt ist.

In dem vorliegenden Bericht spiegelt sich deutlich, was an Schwefeldioxydmissionen alljährlich in Österreich abgelagert wird, ja welche Steigerung noch in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Wir alle sehen aus der Mortalitätsstatistik das Ansteigen von Lungenkrebs. Ob dies eine unmittelbare Folge der Luftverschmutzung ist, wage ich nicht zu behaupten, es scheint aber doch eine durchaus mögliche Annahme zu sein. Wir haben leider nirgends eine Überwachung der Luftqualität verankert.

Darf ich noch ganz kurz zum Hausbrand etwas sagen. Die Probleme des Hausbrandes sind technisch leicht zu lösen, allerdings sicherlich nicht überall wirtschaftlich. Aber eines wissen wir auch: daß eine Förderung abgasloser Heiz- und Energieanlagen nicht von ungefähr kommt, sie bedarf eines Anreizes durch tarifpolitische Maßnahmen,

Dr. Marga Hubinek

setzt aber auch voraus, daß die Gemeinden das Versorgungsnetz entsprechend ausbauen, daß sie nämlich allen jenen, die willens sind, von der konventionellen Heizung abzugehen, hiezu die Möglichkeit geben. Ich glaube, ein Fernziel müßte es sein, die fossilen Brennstoffe langsam durch andere Energieformen zu ersetzen, die weniger umweltverschmutzend sind. Vielleicht sollten wir uns als Nahziel vornehmen, die Verbrennungseffektivität zu erhöhen, das heißt zunächst einmal, die Geräte zu verbessern, die Brennstoffqualität zu kontrollieren und die Emissionen durch Absorption und Filtrierung zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang muß man sich über manchen Wissenschaftler wundern, der heute noch gegen Atomkraftwerke zu Felde zieht. Sicherlich wird es da und dort manche Bedenken geben, aber wenn man auf der anderen Seite bedenkt, daß heute ein mit Kohle beheiztes kalorisches Kraftwerk durch Abgase und Flugasche — Flugasche enthält bekanntlich Uran — mehr Radioaktivität erzeugt und abgibt als ein nach modernsten Gesichtspunkten der Sicherheit errichtetes Atomkraftwerk, so gibt das zu denken.

Wir müssen heute auch davon reden, daß in dem Bericht keine Aussage gemacht wird, daß der Schwefelgehalt von Heizöl und flüssigen Brennstoffen verringert werden sollte. In internationaler Sicht wird der höchstzulässige Gehalt an Schwefel in Heizöl mit 4 Prozent angegeben. Fachleute meinen, daß die Entschwefelung von Heizöl keine allzu große finanzielle Belastung mit sich bringt. Ich glaube, es müßte ja nicht nur eine Lösung sein, die technisch perfekt ist, sondern auch eine, die wirtschaftlich vertretbar ist. Zum Unterschied von der sozialistischen Regierung, die sich, wie mir scheint, darüber kein arges Kopfzerbrechen macht, haben sich einige Mineralölfirmen damit befaßt und auch errechnet, was die Entschwefelung einer Tonne Heizöl kostet, wobei sie von 3,5 Prozent auf 1,5 Prozent Schwefelgehalt gehen wollten. Sie haben errechnet, daß ein solches Verfahren einen Liter Heizöl mit 40 Groschen oder die Tonne mit 400 S belasten würde. Ich glaube, das sind doch Beträge, die wir sicherlich für unsere Gesundheit auszugeben bereit wären.

Daß man den Großverbrauchern bei der Betriebsgenehmigung ihrer Anlagen auch Auflagen erteilen sollte, Entschwefelungsanlagen vorzusehen, ist eine zweite Sache. Ebenso ist es heute ein Anachronismus, wenn in Wien Fernwärmewerke gebaut werden, in denen keine Entschwefelungsanlagen vorgesehen sind. Ich glaube, hier müßte doch vor allem die öffentliche Hand beispielgebend vorgehen.

Es gibt heute wohl gesetzliche Richtlinien für den Bau von Feuerungsanlagen, aber man müßte die Schwerpunkte auf die laufende Kontrolle und die Überwachung legen. Das wäre keine Utopie, denn es bietet sich hierfür eine entsprechende Organisation an, nämlich die der Rauchfangkehrer, die heute schon von ihrer Innung für den neuen Aufgabenbereich geschult werden, dem sie somit durchaus vorbereitet gegenüberstehen.

Was das Kraftfahrzeugwesen anlangt, so würde hier auf die Regierung ein weites Tätigkeitsfeld warten. In der Novelle zum Kraftfahrgesetz 1967, die ich vorhin erwähnen durfte, fehlen, wie schon erwähnt, alle Angaben über die Reduzierung des Bleigehaltes. Wenn ich wieder einen Ausflug über die Grenzen unseres Landes machen darf und in die deutsche Bundesrepublik gehe, so stelle ich fest, daß dort durchschnittlich 0,44 Gramm Blei pro Liter vorgesehen sind und daß man sich 1976 mit 0,15 Gramm pro Liter begnügen wird. In Österreich gibt es nicht einmal einheitliche Normen über den Bleigehalt, obwohl wir sehen, daß die ausländischen Benzine, die heute von vielen Kraftfahrern bevorzugt werden, einen relativ hohen Bleigehalt aufweisen. Es wäre sehr interessant zu erfahren, welche diesbezügliche Initiativen die sozialistische Regierung in Hinkunft zu setzen beabsichtigt.

In der Frage der Kraftfahrzeugbesteuerung ließe sich sicherlich auch mancher Weg aufzeigen. Man müßte nur bei der Hubraumbesteuerung auf andere Merkmale übergehen, wie das beispielsweise bei der Haftpflichtversicherung der Fall ist. Das ist keine originelle Idee von mir, sondern stammt von der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen, die dieses Problem vermutlich viel besser kennt und eine andere Besteuerung schon mehrfach angeregt hat. Eine solche Einführung würde nämlich die Entwicklung von Motoren mit größerem Hubraum und geringerer Kompression zur Folge haben, und damit wären die Motoren nicht mehr auf das klopf-feste Benzin angewiesen.

Man möge nicht einwenden, Österreich habe keine eigene PKW-Industrie, wir importieren ja alle PKWs aus dem Ausland. Hier gibt es die Gefahr, daß bei Fehlen entsprechend gesetzlicher Voraussetzungen die ausländische Autoproduktion mit ihren billigeren Typen dorthin ausweicht, wo diese gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Schon heute gibt es zwei Modelle des Volkswagens, eines mit einer Abgasentgiftungsanlage, das in die Vereinigten Staaten exportiert wird, und eines ohne Anlage, das nach Österreich exportiert wird.

Dr. Marga Hubinek

Daß hier eine wirksame Kontrolle der Altwagen und vor allem eine laufende Kontrolle notwendig ist, wissen alle jene, wenn sie den dunklen Fontänen nachblicken, die aus dem Auspuff mancher Autos strömen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich nun kurz dem Wasserproblem zuwende, so, glaube ich, müssen wir feststellen — das geht aus Ihrem Bericht nicht hervor —, daß es in Österreich keine Wasserbilanz gibt, sieht man von der Mitterndorfer Senke ab, wo man ganz bestimmte Vorstellungen für den Bau der dritten Wiener Wasserleitung hatte. Österreich ist noch in einer relativ günstigen Situation, weil es derzeit noch Wasser im Überfluß gibt. Aber auch hier, glaube ich, sollten wir möglichst bald mit den entsprechenden Maßnahmen beginnen, um vor allem der Seenverschmutzung Einhalt zu gebieten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Strom der Urlauber nach wie vor gleich stark sein wird, wenn die Seenverschmutzung im gleichen Ausmaß anhält.

Auch hier sollten die Kompetenzen der Gewässerreinigung möglichst von einer Behörde wahrgenommen und in einer einheitlichen Liste erfaßt werden.

Wir wissen, daß das Abwasserproblem vorwiegend ein kommunales Problem ist. Sicherlich ist es menschlich verständlich, daß sich einzelne Gemeinden eher entschließen, ein Schwimmbad als eine Ringkanalisation zu errichten. Sicherlich könnte man durch eine größere Aufstockung des Wasserwirtschaftsfonds und eine größere Dotierung der Gemeinden diese Projekte in Angriff nehmen. Aber noch einmal gesagt: Hier gehört die Kompetenz etwas höher angesetzt. Sie würde vielleicht von den Gemeinden in eine höhere Sphäre beim Bund angesiedelt gehören.

Es ist eine bedauerliche Sache, daß es für die Abwässer nicht einmal einheitliche und allgemeine Richtlinien gibt, die Grenzwerte enthalten. Die Öffentlichkeit wird nur dann aufgerüttelt, wenn wieder ein Fischsterben in einem bekannten österreichischen Fluß einsetzt. Wir lesen dann immer wieder: In Österreich ist es keineswegs so arg. Bei den Seen und Flüssen in den Vereinigten Staaten ist es weitaus schlimmer.

In Österreich, wo bekanntlich viele Öltransporte mittels Tankwagen durchgeführt werden, gibt es keinen Plan für Ölalarm und Ölwehren. Wir haben wohl Wasserschutzgebiete, weil wir nach Möglichkeit verhindern wollen, daß das Wasser durch Tankerunfälle unbrauchbar gemacht wird. Wir begnügen uns jedoch damit, eine Tafel aufzustellen: Achtung! Wasserschutzgebiet! — Damit sind

wir zufrieden und lassen nach wie vor die Tankwagenzüge ungehindert passieren.

Ich möchte mich nun ganz kurz dem Problem Lärm zuwenden. Immerhin kann das „glückliche Österreich“ derzeit nur 1500 Personen aufweisen, die auf Grund einer Lärmschädigung eine Rente beziehen. Ich glaube, daß sich der Kreis sehr bald erweitern dürfte, wenn nichts geschieht, um den Verkehrslärm durch den Bau kreuzungsfreier Straßen zu vermindern. Hier bieten sich auch Möglichkeiten durch die Gewerbeordnung, bei Baumaschinen und ähnlichen Geräten mit lärm-dämpfenden Einrichtungen zu arbeiten. Die öffentliche Hand hätte es vor allem leicht, nicht nur ihre Aufträge an Bestbieter oder Billigstbieter zu vergeben, sondern auch hier der möglichen Lärmquelle eine gewisse Beachtung zu schenken.

Auch die Exekutive sollte mehr als bisher jenen rasenden Mopedfahrern, die meistens nachts ihre Touren durch die einsamen Wiener Straßen ziehen, etwas strenger begegnen und verhindern, daß sie hier nächtliche Lärmrekorde aufstellen.

Ein Problem, das sicherlich auch noch zu lösen sein wird, ist die Müllablagerung. Dies gilt vor allem für die wilden Deponien, die wir im Wienerwald erleben und die nicht gerade das Angesicht des Wienerwaldes verschönern. Die festen Abfallstoffe haben in Österreich ein Ausmaß erreicht, mit dem man acht Cheopspyramiden bauen könnte.

Vielleicht sollte uns auch das Hamburger Gesetz, das die Müllverwertung regelt und das vor allem den Gemeinden feste Auflagen zur Abfallbeseitigung erteilt, eine gewisse Aufmerksamkeit abnötigen. Viele Gemeinden haben heutzutage nicht einmal geordnete Ablagerungsstätten. Es zwingt sie niemand, es gibt auch kein entsprechendes Gesetz! Nicht zu reden von jenen Fällen, wo gewerbliche Betriebe den Faulschlamm aus Kläranlagen einfach in irgendeinen Fluß oder See abfließen lassen, weil es einfach keine Kontrolle für die Ablagerung gibt.

Bei all diesen Lösungsmöglichkeiten — und davon gibt es eine ganze Fülle — erscheint es mir wichtig, daß man sich nicht nur freiwillige Maßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes erwartet, sondern daß man sie auch von der finanziellen Seite her begünstigt. Hier sollte man vor allem die Möglichkeit der Absetzbarkeit von umweltfreundlichen Einrichtungen durch die Steuer forcieren. Nur ist die Antwort des Finanzministers auf die Frage des Abgeordneten Dr. Mussil nicht gerade erfreulich. (Abg. Dr. Mussil: Was ist?) — Werbekosten und

Dr. Marga Hubinek

Geschäftsumbauten können von der Steuer abgeschrieben werden, nicht aber Maßnahmen, die dem Umweltschutz dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns einig — ich bin auch mit dem Abgeordneten Dr. Mussil einer Meinung —, daß Werbekosten und Geschäftsumbauten wohl von der Steuer abgeschrieben werden, und es ist daher nicht ganz begreiflich, warum Maßnahmen, die der Umwelthygiene dienen, nicht auch steuerlich begünstigt werden sollten. (*Applaus des Abg. Doktor Mussil. — Allgemeine Heiterkeit.*) Danke schön.

Wenn wir schon fiskalische Überlegungen anstellen, dann sollten wir uns auch die Überlegung zu eigen machen, daß die Restaurierung unserer Umwelt vermutlich kostspieliger ist, als geeignete und rechtzeitige Präventivmaßnahmen. Die industrielle Entwicklung und vor allem die zunehmende Motorisierung, die wir alle täglich erleben, wird die Gefährdung überdimensionieren.

Die gesundheitspolitischen Aspekte, die in diesem Bericht nicht aufscheinen, sind eher trüb. Es ist zu befürchten, daß der medizinische Fortschritt, der uns eine längere Lebenserwartung beschert hat, durch die Umweltseinflüsse wieder zerstört wird. Vermutlich werden wir die herkömmlichen Krankheiten bekämpfen können, aber mit anderen psychischen und physischen Schäden konfrontiert werden.

Es müßte auch eine grundsätzliche Veränderung im Bewußtsein der Bevölkerung Platz greifen, daß Wasser, Luft und Boden keine Güter sind, die man einfach unentgeltlich bekommt und die man ungestraft in Besitz nehmen kann. Ich glaube, daß für den Fortschritt in der Zivilisation ein Preis zu bezahlen ist. Doch bei uns überwacht niemand die Biosphäre! Wir machen uns darüber einfach keine Gedanken! — „Glückliches Österreich!“ (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Wie ernst es der sozialistischen Regierung bezüglich der Fragen des Umweltschutzes ist, werden wir vielleicht in einigen Wochen wissen, wenn das Budget vorliegt. Wir werden das Budget sehr genau auf Ansätze zur Erhaltung einer besseren Umwelt prüfen. Ich weiß, daß die Beträge, die nötig sind und die von Wissenschaftlern geschätzt werden, ein gigantisches Ausmaß haben. So haben die Wissenschaftler geschätzt, daß allein die Sanierung unserer Gewässer 50 Milliarden Schilling kosten soll.

Auf dem letzten internationalen Symposium in Ottawa, das vergangene Woche zu

Ende gegangen ist, hat man gemeint, daß in Hinkunft 10 Prozent des Bruttonationalproduktes zum Schutze der Umwelt aufzuwenden sind. Um die bestehenden und anstehenden Probleme innerhalb der nächsten zehn Jahre zu lösen, müßten nach Meinung der Fachleute 2 bis 3 Prozent unseres Bruttonationalproduktes verwendet werden.

Ich glaube, daß die Regierung Dr. Kreisky in ihrem nächsten Budget Farbe bekennen wird müssen. Sie wird gegenüber der Öffentlichkeit sagen müssen, welche Gewichtung sie den Fragen des Umweltschutzes beimißt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die beste Information kann einen Sättigungsgrad erreichen, wo das Interesse in Überdruß umschlägt. Ich fürchte, daß das Schicksal des Themas Umweltschutz in dieser Richtung bedroht ist. Das heißt aber nicht, daß ich etwa die wirklich großen Gefahren und ungelösten Aufgaben, die auf diesem Gebiet vor uns liegen, unterschätze oder, wie es in einem anderen Zusammenhang gestern geheißen hat, verniedlichen will. Ich bin ganz wie meine beiden Vorrednerinnen davon überzeugt, daß mit dem „Schlagwort“ — das es fast durch seine Häufigkeit geworden ist — „Umweltschutz“ eines der bedeutenden Probleme der Gegenwart und vor allem der Zukunft ange-rissen ist.

Es wäre sehr verlockend, darüber zu meditieren, daß fehlender Umweltschutz oder, besser ausgedrückt, die Unkenntnis der Probleme und der Bedeutung eines vorbeugenden Umweltschutzes im Laufe der menschlichen Geschichte ganze Kulturen, Hochkulturen, Völker und Staaten zum Verschwinden gebracht hat. Und wenn man hier ein nahe-liegendes Wort in die Debatte werfen wollte, könnte man sagen: Balkan etwa bedeutet Resultat einer geschichtlichen Epoche, die von den Problemen des Umweltschutzes entweder keine Ahnung hatte oder haben konnte oder, wenn sie sie hatte, keine Konsequenzen daraus gezogen hat.

Ähnliche, weiter abliegende historische Beispiele wären genügend aufzuzählen. Ich darf etwa noch das Zweistromland erwähnen, in dem wir vielleicht überhaupt die Wiege der menschlichen Kultur zu sehen haben, das, wenn die historische und archäologische Forschung uns hier richtig belehrt, zuletzt nicht das Opfer von Kriegen, nicht das Opfer von wirtschaftlichen Katastrophen oder Seuchen

3654

Nationalrat XII. GP. — 48. Sitzung — 24. Juni 1971

Dr. Scrinzi

geworden ist, sondern das Opfer einer Entwicklung, die dieses fruchtbare Land durch Mißachtung der Forderungen des Umweltschutzes innerhalb einiger Jahrhunderte für die damals Lebenden und Beteiligten unmerklich zur Wüste oder zur Steppe gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Die besondere Verpflichtung für uns, uns den Aufgaben des Umweltschutzes zu widmen, die große Verantwortung, daß wir uns ihnen nicht entziehen können, kommt nicht zuletzt daher, daß uns die moderne Wissenschaft in den Stand gesetzt hat, diese Gefahren anfangs global und in den letzten Jahrzehnten immer detaillierter zu erkennen. Und wenn auch schon von hier aus meine Vorrednerin einige dieser Sonderkapitel, die wir schon einigermaßen präzise erforscht haben, angerissen hat, so ist das zugleich ein Beweis für die Behauptung, die ich aufgestellt habe.

Ich will mich aber auch nicht darauf einlassen, darzutun, daß über die genannten Gebiete Lärm, Luft, Wasser und so weiter hinaus noch eine ganze Reihe von Bereichen zu erwähnen wäre, die unter dem Oberbegriff des Umweltschutzes oder der Umweltschutzpolitik zu fassen wären, sondern ich will ein paar allgemeine Betrachtungen aus Anlaß des vorliegenden Berichtes des Sozialministeriums anstellen.

Zum Bericht selber möchte ich sagen, daß er sich eigentlich auf eine kompensiöse Aufzählung bestehender Institutionen und Einrichtungen beschränkt, die sich in Österreich mit Fragen des Umweltschutzes befassen. Es ist eine Art Bestandsaufnahme über das uns derzeit zur Verfügung stehende Instrumentarium. Wenn man rein quantitativ dieses Instrumentarium ansieht, möchte man meinen, es sollte ausreichen, eine sehr erfolgreiche Umweltschutzpolitik zu machen. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß vieles von dem, was hier gesagt wird, wirklich nur Papier und bedrucktes Papier ist. Das ist kein Vorwurf gegen die Institutionen, sondern das ist nicht zuletzt einfach die Konsequenz des Umstandes, daß Umweltschutzmaßnahmen, aber auch nur das, was eine Voraussetzung dazu ist, Umweltschutzforschung natürlich auch eine Frage der dazu vorhandenen Mittel sind.

Die wissenschaftlichen Probleme des Umweltschutzes sind noch lange nicht gelöst. Wir werden ja täglich von neuen Erkenntnissen auf diesem Gebiet überrascht, und wenn ich an das, was Frau Abgeordnete Hubinek gesagt hat, anknüpfen darf: Jüngste Forschungen haben ergeben, daß sich etwa Luftverschmutzung und Mortalitätsquote einer Wohnbevölkerung in einer sehr signifikanten Über-

einstimmung bewegen. Das heißt also, man könnte geradezu an Hand des Luftverschmutzungspegels den Mortalitätspegel nicht nur der jeweils lebenden Population ablesen, sondern man könnte diesbezüglich auch Prognosen stellen.

Wenn wir derzeit in der Behandlung eines neuen Lebensmittelgesetzes stehen, so ist das auch ein sehr wichtiges Kapitel des Umweltschutzes im weitesten Sinn des Wortes. Ich habe schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, daß etwa die Schädigungen, die wir aus mangelhaft zubereiteter, schlecht konservierter, mit gefährlichen Zusatzstoffen versetzten Nahrung erfahren, ganz beträchtlich sind und daß sie, wenn wir sie statistisch ablesen, vor allem für Österreich eine sehr große Bedeutung im internationalen Schnitt haben.

Wir müssen immer wieder zur Kenntnis nehmen, daß das, was wir gestern und heute noch für ungefährlich und harmlos gehalten haben, sich morgen bereits als schädlich, ja als gemeingefährlich erweist. Dies gilt nicht nur etwa für das früher behandelte Gebiet von Drogen und Substanzen, die man lange Zeit als harmlose Heilmittel verkauft hat und die sich dann teils als ganz gefährliche Suchtgifte, teils als Substanzen erwiesen haben, die zu gefährlichen Veränderungen im genetischen Gefüge, in der Erbmasse und so weiter führen.

Die Aufgabe des Umweltschutzes bleibt, rein wissenschaftlich gesehen, eine permanente, und sie wird — und damit bin ich gleich beim zweiten, was ja auch schon von meiner Vorrednerin angerissen wurde — mit dem, was wir Fortschritt nennen, täglich größer werden. Denn Fortschritt, jetzt einmal gesehen von der Frage des Umweltschutzes, heißt ja ständige Veränderung der natürlichen Umwelt und darüber hinaus auch der natürlichen Lebensbedingungen und Lebensweise des Menschen und menschlicher Gesellschaften. Nun mußten wir eben in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend erkennen, daß die Anpassung des Menschen an diese geschaffene künstliche Umwelt ihn vor große Probleme stellt, die er auch als Individuum oder als Gesellschaft nicht bewältigt, daß es allein im Zuge dieses notwendigen Anpassungsprozesses an die von ihm geschaffene, neue, technische, fortschrittliche Welt ungeheurer Anstrengungen bedarf, um sie zu bewältigen. Es kommt dazu — und das ist ja nun Gegenstand von Umweltschutzpolitik —, daß diese Welt zusätzliche aktive Schadens- und Gefahrenquellen schafft, die über den aktiven, notwendigen Anpassungsprozeß hinaus den Menschen unmittelbar negativ beeinflussen.

Dr. Scrinzi

Im Zuge dieses Prozesses ergibt sich natürlich auch das Problem: Wo ist die Grenze zwischen Schädiger und Geschädigten? Man darf hier nicht einseitig sein. Man darf hier nicht mit dem Finger auf die Industrie, auf die gewerbliche Wirtschaft oder auf wen immer zeigen und dabei vergessen, auch auf die eigene Brust zu klopfen, dabei vergessen zu fragen, worauf zu verzichten wir im Interesse einer Sanierung unserer Umwelt bereit sind, im Interesse der Vermeidung von Umweltschäden. Da werden wir sehr rasch daraufkommen, daß diese unsere eigene Verzichtsbereitschaft sehr gering ist.

Die Folgerung, die wir daraus ziehen müssen, lautet ja nun: Wenn wir bestehende Gefahren, Gefahrenquellen, schon eingetretene Schäden beseitigen wollen und künftige zu vermeiden trachten, dann ist das nur im Rahmen einer gemeinsamen Anstrengung möglich. Natürlich steht auch hier die Aufgabe der Prophylaxe im Vordergrund, heißt es also, künftige Schadensquellen überhaupt zu verhindern und auszuschalten, hier also vorbeugend legislativ einzugreifen. Aber wenn das sehr wichtige damit verbundene Thema der ökonomischen Konsequenzen auftritt, dann müssen wir den Mut und die Ehrlichkeit haben, zu sagen: Jawohl, die Lasten wollen wir gemeinsam tragen!

Die erste Rednerin hat mit Recht etwa auf die Gefahren der Motorisierung hingewiesen. Natürlich kann man einen Teil dieser Gefahren vermeiden, aber das ist, wie wir wissen, relativ kostspielig. Das heißt also, wir können nicht nur sagen: Die Autoindustrie muß uns eben in bezug auf die Anforderungen der Umwelthygiene bessere Fahrzeuge liefern, sondern wir müssen auch die Konsequenz haben, zu sagen: Die auf diese Weise besser gewordenen Fahrzeuge werden leider auch teurer sein, und dann müssen wir auch diese Mehrkosten auf uns zu nehmen bereit sein. Denn das ist ja auch ein besonderes Kapitel. Manche der sogenannten Umweltgefahren treten erst auf durch ihre Multiplikation, durch ihre Kollektivierung. Fünf schlecht entgiftete Autos würden kein Problem darstellen; 500.000 in einer Stadt sind ein echtes Problem. Es ist sicher nicht eine Jules Vernesche Phantasmagorie, wenn etwa für moderne industrielle Großstädte der nächsten zwei Jahrzehnte Bilder gezeichnet werden, wo sich Menschen nur mehr mit Gasmasken und ähnlichen Schutzmaßnahmen bewegen können.

Welches Maß von Schaden schon eingetreten ist, welchen zwar an sich erfolgreichen, aber auf Sicht gesehen negativ zu bewertenden Anpassungsprozeß wir schon hinter uns

haben, kann man an einem ganz einfachen medizinischen Beispiel, aus dem Kapitel der Lärmschädigung des Menschen entnehmen. Denn, meine Damen und Herren, etwa in der Medizin der Freizeit- und Urlaubsgestaltung ergibt sich unter anderem folgendes Problem: die Schlaflosigkeit jener Urlaubssuchenden, die aus lärmgefüllten Industriezentren und Städten kommen und nun sagen: Jetzt will ich endlich Ruhe haben!, und dann, wie wir mit Freude feststellen können, ganz besonders gern in Österreich unsere schönen, noch ruhigen Alpentäler und Landschaften aufsuchen, aber nun feststellen müssen, daß sie dort nicht schlafen können. Nun sind wir daraufgekommen, daß sie deshalb nicht mehr schlafen können, weil sie ohne Lärm nicht schlafen können. Das heißt, wir müssen diese Leute erst wiederum jenen ständigen Lärmeinwirkungen entwöhnen, an die sie sich erfolgreich angepaßt haben. Daß aber diese Anpassung natürlich auf der anderen Seite zugleich zahlreiche Gesundheitsschäden gesetzt hat, ist den Betreffenden nicht bewußt. Aber gerade dieses Beispiel über ein quasi paradoxes Verhalten ist im Hinblick auf die wissenschaftliche Problematik des Umweltschutzes, glaube ich, interessant.

Wir werden also, wenn wir einen erfolgreichen Umweltschutz durchführen und eine Umweltschutzpolitik durchsetzen wollen, uns auch kritisch mit dem auseinandersetzen müssen, was wir gemeinhin als Fortschritt und Standard bezeichnen. Das heißt, wir werden allein mit legislativen, mit finanziellen und ökonomischen Maßnahmen nicht mehr in der Lage sein, die Probleme des Umweltschutzes zu lösen, wenn wir nicht die psychologischen Barrieren nehmen, die in uns selber, ohne daß wir uns dessen hinreichend bewußt wurden, entstanden sind. Diese psychologische Seite besteht eben darin, daß kein einziger von uns im allgemeinen bereit ist, auf die Errungenschaften des sogenannten Fortschrittes zu verzichten, daß er die aus diesem Fortschritt resultierenden Gefahren lieber verdrängt, daß er sie nicht sehen will, daß er sie vielleicht jetzt in einem Prozeß der Konversion im allgemeinen Schrei nach Umweltschutzmaßnahmen entlädt, aber daß wir uns mit demselben Menschen sehr hart auseinanderzusetzen werden müssen, wenn wir ihm eines Tages die harte Kostenrechnung vorlegen müssen, die notwendig ist, um die Probleme, um die es hier geht, zu lösen, die wir aber natürlich nicht einseitig lösen können; das wäre eine Utopie. In einer freien Demokratie und in einer Wirtschaft, die sich als freie Marktwirtschaft versteht, ist das gar nicht möglich. Aber selbst wenn wir in der Lage

Dr. Scrinzi

wären, die entscheidenden industriellen und gewerblichen Betriebe zu zwingen, auf jeden Gewinn und jeden Ertrag zu verzichten und alles das in Umweltschutzmaßnahmen zu investieren, so würde das bei den gigantischen Beträgen, die wir benötigen, nicht ausreichen, in absehbarer Zeit die Umweltschutzprobleme zu lösen.

Zu all diesen in der ganzen Welt ungefähr gleichliegenden Aspekten des Umweltschutzes kommen noch einige spezifisch österreichische. Es gibt sie in mehr oder weniger ähnlicher Form auch in anderen Ländern, und wir sind hier keineswegs in einer Monopolstellung. Das sind die mit einer erfolgreichen Umweltschutzpolitik verbundenen Kompetenzprobleme. Zwischen den Zeilen hat ja auch der Herr Sozialminister und Vizekanzler in seinem Bericht hier ein leidvolles Lied gesungen. Ich weiß, welche schwierige Hürden hier zu nehmen sind. Ich weiß überhaupt nicht, wie die Lösung dieses Problems aussehen soll bei der Konstruktion, dem Aufbau unserer Regierung und der Stellung, die etwa nach der österreichischen Verfassung der Bundeskanzler in dieser Regierung hat — der ja faktisch keine Richtlinienkompetenz hat; dem Vernehmen nach soll der derzeitige Bundeskanzler sich in der Praxis allerdings weitgehend eine solche angeeignet haben; ich weiß das nicht im einzelnen, es wird nur behauptet. Es ist zweifelhaft, ob wir bei dieser Konstruktion überhaupt dazu kommen, und wie lange es dauern wird, bis der Kompetenzstreit ausgefochten ist oder auch nur der Versuch unternommen wird, die Kompetenzabgrenzung zwischen den beteiligten fünf oder sechs Ministerien zu analysieren. Meiner Meinung nach — ich habe das bei verschiedenen Gelegenheiten schon gesagt — viel länger, als wir es uns leisten können.

Meine Partei ist ja gewiß die letzte, die einer Ausweitung und Erweiterung von Ämtern, Behörden und Institutionen das Wort redet. Aber ich glaube, daß nicht nur wir — in anderen Ländern ist es zum Teil schon so — eines Tages dazu kommen werden müssen, auf diesem Gebiet nicht nur eine eindeutige, klare Kompetenzkonzentration zu erreichen, sondern wahrscheinlich auch eine eigene Regierungsinstanz, ein eigenes Ministerium mit diesen ständig wachsenden Aufgaben zu betrauen.

In Österreich wird trotz der nun angelauten Diskussion über Umweltschutz täglich gegen die Erfordernisse einer vernünftigen Umweltschutzpolitik gesündigt. Ob es sich darum handelt, daß wir Autobahnen mitten durch Stadtzentren legen. Ob es darum geht, daß in Wohnzentren Hoch- oder Tiefgaragen errichtet werden, und zwar mit der notwen-

digen Konsequenz, daß wir selbstverständlich nachgerade die Autofahrer bitten müssen, diese Garagen zu bevölkern — letzten Endes haben wir ja hier Geld investiert, das wir wieder herausbekommen wollen —; ob es sich darum handelt, daß zum Teil ohne Rücksicht auf Umweltschutzerfordernisse — gewiß unter Einbau von Schutzmaßnahmen — Fernheizkraftwerke in zentralen Siedlungsgebieten errichtet werden; in Wien habe ich mir vorgestern eines zeigen lassen, von dem ich meine, daß die Umweltschutzvorkehrungen noch bei weitem nicht optimal sind; man hatte aber immerhin noch Geld, sehr schöne Bestrahlungseinrichtungen zu installieren, damit diese besondere Errungenschaft auch besonders ins Auge fällt. Oder ob wir schließlich sehr gegen Warnungen, die ich hier im Hause wiederholt vorgebracht habe, nun in der Nähe unserer Bundeshauptstadt ein Kernspaltungskraftwerk mit den ungeheuren Gefahren, die damit zweifellos verbunden sind, errichten.

Alles das sind Dinge, die uns daran gemahnen, daß wir, so sehr wir uns auf der einen Seite bemühen, die Dinge in den Griff zu bekommen, auf der anderen Seite uns täglich neu versündigen.

Daß zum Beispiel der Anschlag auf das Kainbachtal abgewiesen wurde, ist nicht etwa den zahlreichen Protesten, die außerhalb und innerhalb dieses Hauses gegen diesen Anschlag erhoben wurden, zu danken, sondern dem Umstand, daß — das war also ein Sekundäreffekt im Sinne von Dr. Broda — das lange Hinziehen, das wir zum Teil mit diesen Interventionen erreichen konnten, offensichtlich die ökonomische Seite so beeinflusst hat, daß man auf die Verwirklichung des Projektes nunmehr — wenigstens vorerst — verzichtet hat.

Geradezu paradox ist es, wenn ich dem Bericht des Sozialministeriums entnehme, daß man zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Seewinkel mit einem beträchtlichen Aufwand eine Trinkwasserleitung verlegt hat. Im gleichen Augenblick schicken wir uns an, diesen schönen, herrlichen Seewinkel — wiederum nur aus kurzfristigen ökonomischen Überlegungen — durch die berüchtigte Neusiedlersee-Brücke zu verwüsten. Denn das geschieht unvermeidlich, wenn wir das tun.

Ich stehe auch nicht an — vielleicht klingt das nicht sehr gut —, zu erklären, daß für eine erfolgreiche Umweltschutzpolitik das Gemeindeautonomiegesetz geradezu ein schwarzer Tag war. Politisch gesehen war es ein schwarz-roter Tag, aber sachlich gesehen war es ein schwarzer Tag. Denn wenn man sieht, was diese etwa auch auf dem Gebiete

Dr. Scrinzi

des Bauwesens autonom gewordenen Gemeinden vielfach an Verbrechen an unserer Landschaft und damit natürlich an unserer Umwelt in den Jahren seither begangen haben, so ist es höchst an der Zeit, daß wir überdenken — es geschieht ja letzten Endes auch im Zusammenhang mit den Fragen der Raumplanung, die ja auch ein Unterkapitel des Umweltschutzes sind — und überlegen, ob wir hier nicht die Autonomie zumindest auf diesem Gebiet einschränken.

Meine Damen und Herren! Das waren nur einige Überlegungen, die ich hier angestellt habe. Sie sollten aber zugleich begründen, daß die Freiheitliche Partei den erforderlichen Maßnahmen für eine erfolgreiche Umweltschutzpolitik sehr aufgeschlossen gegenübersteht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas wiederholen, was ich bei einem vergleichbaren Anlaß, nämlich bei der Frage der Sanierung des Krankenhaus- und Krankenkassenwesens gesagt habe: Wir sind auch als Opposition bereit, jede Regierung, die uns hier konstruktive Vorschläge unterbreitet — und konstruktive Vorschläge sind zwangsläufig leider auch kostspielige —, zu unterstützen, obwohl es ja für eine Oppositionspartei sehr viel billiger wäre, eine Regierung immer nur zum Sparen und zum Weniger-Ausgeben aufzufordern, was ja in der gegenwärtigen Zeit der gefährlichen Inflation sicher notwendig wäre. Aber hier, glaube ich, wären wir schlecht beraten, wenn wir aus Überlegungen der Konjunkturpolitik, der Preisstabilitätspolitik heraus sagen wollten: Das Thema Umweltschutzpolitik müssen wir vertagen, weil die konjunkturpolitischen Konsequenzen negativ sein könnten. Denn eines ist klar: Wenn wir fortfahren, unsere Umwelt in diesem Maße zu vergiften, zu mißbrauchen, zu schänden, zu verändern, unmenschlich zu machen, dann brauchen wir uns über Konjunktur- und Wirtschaftspolitik in den nächsten 30 oder 40 Jahren keine Gedanken mehr zu machen. Dann werden wir jener Balkanisierung entgegengehen, von der ich einleitend gesprochen habe. Wir werden einer Entwicklung entgegengehen, die auch geeignet ist, dieses kleine Österreich in einen Zustand zu versetzen, den man mit dem Begriffe Balkan — ich rede weniger vom Politischen, sondern mehr vom Landschaftlichen — zu umschreiben pflegt.

Ich darf also meine Stellungnahme zu dem vorliegenden Bericht positiv abschließen. Ich muß allerdings sagen: Der Bericht als solcher ist nicht der unmittelbare Anlaß, um hier dem Ministerium ein Lob auszusprechen. Ich weiß aber, daß das nicht ausschließlich an dem mit der Berichterstattung beauftragten Ministe-

rium liegt, sondern das liegt zum Teil an den großen Strukturschwierigkeiten, denen wir uns hier gegenübersehen. Es enthält der Bericht sehr wenig — sagen wir — konkrete Angaben und Hinweise auf das, was dringlich ist und notwendigerweise geschehen muß. Das ist vielleicht seine Kehrseite.

Aber immerhin: Dieser vom Haus angeforderte und heute erstattete Bericht ist ein Anlaß, zu versichern, daß jede Regierung, wie immer sie politisch heißen möge und zusammengesetzt ist, auf eine aktive Unterstützung seitens meiner Partei rechnen kann, wenn sie sich zu konkreten Maßnahmen eines aktiven Umweltschutzes aufrafft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kerstnig. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kerstnig** (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß die Zeit schon weit fortgeschritten ist. Aber die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek hat so wenig Positives an diesem Bericht gefunden, daß ich glaube, es ist doch notwendig, hierzu noch einige Worte zu sagen.

Die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek hat heute schon einmal hier gesagt, daß das Humanprogramm der Sozialisten in irgendeiner Lade ruhe. Ich möchte daher darauf hinweisen, daß gerade anläßlich der Konferenz zum Humanprogramm die Vorsitzende, Frau Dr. Hertha Firnberg, erklärt hat, daß es für eine humane Sozialgesellschaft nicht genügt, nur die Interessen der Wirtschaft, der Produktion und der technischen Entwicklung zu berücksichtigen, den Menschen und sein tägliches Leben aber außer Betracht zu lassen.

Sie hat damals zu einer Aktivierung der Gesundheitspolitik und zur Intensivierung der Bemühungen zum Schutze der Bevölkerung vor den zunehmenden Umweltgefährdungen aufgerufen, eine Aufgabe, die über jede Parteilstellung und Weltanschauung hinausgeht.

Die Sozialistische Partei hat mit dem Humanprogramm alle aufgerufen, mitzuwirken an ihrem Programm für den Menschen, für einen neuen Lebensraum, der von den Menschen für die Menschen gestaltet wird. Das Humanprogramm, an dem Wissenschaftler und Fachexperten verschiedenster Couleur mitgearbeitet haben, fand nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialisten in der Erklärung des Bundeskanzlers vom 27. April 1970 seinen Niederschlag, indem im Rahmen eines längerfristigen Gesundheitsplanes Maßnahmen zum Schutze vor gesundheitsschädigenden Umwelteinflüssen durch Sicherung der Erholungsräume, Reinhaltung

Dr. Kerstnig

von Luft und Wasser, hygienische Abfallbeseitigung, Bekämpfung von Lärm- und Geruchsbelästigungen und Strahlenschutz vorgesehen sind.

Noch vor der Sommerpause wurde dann ein interministerielles Komitee mit der Prüfung der Lage auf allen Teilgebieten der Umwelthygiene und mit der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen bei gleichzeitiger Koordination der Arbeiten in den einzelnen Ressorts beauftragt. Das Ergebnis ist eben der nun vorliegende Bericht des Sozialministeriums, dem dabei die Federführung übertragen wurde.

Er gibt meines Erachtens sehr wohl einen umfassenden Überblick über die Lage auf dem Gebiet der Umwelthygiene. Er unterstreicht mit anschaulichen Zahlen und Daten die ungeheuren Gefahren, die uns aus der Vergeudung der natürlichen Kräfte und Werte unserer Umwelt erwachsen und das menschliche Leben in beängstigender Weise bedrohen.

Der Bericht zeigt aber auch den Kompetenzwirrwarr, auf den heute schon hingewiesen wurde, der zwischen den einzelnen Ressorts des Bundes, den Ländern und Gemeinden herrscht, und er unterstreicht die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit und der Schaffung supranationaler Instanzen für die Umweltprobleme.

Wenn Frau Abgeordnete Dr. Hubinek sagt, daß es keine Koordination bei uns gäbe, so darf ich doch darauf hinweisen, daß im Abschnitt 5 die Einsetzung von Arbeitskreisen für die einzelnen Sachgebiete ohne Rücksicht auf die verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten mit dem Ziel der Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge für die österreichischen Verhältnisse vorgesehen ist, während im Abschnitt 6 die Mitarbeit Österreichs in internationalen Gremien Erwähnung findet, die ich noch durch den Hinweis auf unsere Teilnahme an der internationalen Parlamentarierkonferenz zu Umweltfragen Anfang dieses Monats in Bonn, die aus der ganzen Welt beschiedt war, ergänzen möchte. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich dort feststellen konnte, daß wir in der Behandlung der Umweltprobleme keineswegs hinter anderen Nationen zurückliegen. Wir sind im Gegenteil — und gerade auch durch diesen jetzt vorgelegten Bericht der Bundesregierung — zumindest in der Ordnung der Materie den meisten anderen ein schönes Stück voraus.

Die damit gewonnenen Erkenntnisse zwingen uns allerdings — und hier stimme ich mit meinen Vorrednern überein —, nun so rasch wie möglich sowohl von seiten der Legislative wie auch der Exekutive in Bund und Ländern, aber auch auf der Gemeinde-

ebene Konsequenzen zu ziehen und darüber hinaus unsere Mitarbeit in den internationalen Gremien zu intensivieren, vor allem aber mit unseren Nachbarstaaten in zweiseitigen Abmachungen oder in multilateralen Verträgen jene Voraussetzungen zu schaffen, die geeignet sind, eine gegenseitige Schädigung künftig hintanzuhalten.

Als kleines zentraleuropäisches Binnen- und Durchzugsland können und werden wir gerade auf diesem Gebiet keine Insel der Seligen bleiben. Alle menschlichen Umweltfaktoren wirken über unsere Grenzen hinüber und herüber. So hat der Vertreter Jugoslawiens bei der Konferenz in Bonn darauf hingewiesen, daß die Mur bereits als totes Gewässer über die österreichische Grenze kommt. Der Faulschlamm, der vor wenigen Tagen bei uns in Kärnten in der Gurk den ganzen Fischbestand vernichtet hat, ist weitergeflossen in die Drau und über die Grenze. An der Donau und dem Zustand ihres Wassers sind acht Anliegerstaaten interessiert.

Oder, meine Damen und Herren, denken wir an die Luftverpestung durch die Autos, die heute auch schon mehrmals zu Recht erwähnt wurden. Der grenzüberschreitende Verkehr nimmt lawinenartig zu. Die in Auspuffgase gehüllten Autoschlängen kriechen bis in unsere Erholungsorte und Feriengebiete.

In einem Fremdenverkehrsland wie Österreich berührt auch die Trink-, Nutz- und Abwasserfrage nicht nur die einheimische Bevölkerung, sondern auch Millionen Gäste, die zu uns zur Kur oder zur Erholung kommen. Die Reinhaltung der Kärntner Badeseen zum Beispiel ist keine lokale Angelegenheit; sie ist eine Sache der österreichischen Wirtschaft und des internationalen Fremdenverkehrs.

Aber auch in der schönen Wienerstadt kommt mindestens ein Viertel der gesamten Luftverunreinigung aus den Auspuffrohren der Autos und lagert sich besonders konzentriert beiderseits der Fahrbahn in unmittelbarer Bodennähe, wo sie besonders Kleinkinder und Babys in ihren Kinderwagen gefährdet. Die organischen Folgen werden in ihrer vollen Wirkung, wie Herr Dr. Scrinzi schon ausgeführt hat, vielleicht erst in der nächsten Generation auftreten. Heute fehlen auf allen diesen Gebieten noch echte Erfahrungen über die biologische Auswirkung der Dauerberieselung mit chemischen und radioaktiven Giften aus der Luft, aus dem Wasser, aus der Nahrung und aus der übrigen Umgebungswelt.

Meine Damen und Herren! Laufen wir nicht vielleicht Gefahr, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die technischen Errungenschaften, von denen wir geglaubt haben, daß sie uns das Leben leichter und müheloser

Dr. Kerstnig

machen, dazu führen könnten, diese Welt, und derzeit noch unsere einzige Welt, in der wir leben, unbewohnbar zu machen?

Wie viele Flüsse, in denen man in unserer Jugend noch gebadet hat, werden bereits zu Kloaken. Und wird nicht auch der Lebensraum über den Städten und den Ballungsräumen geradezu zu einem „Kanal nach oben“, der das Luftreservoir immer mehr verpestet?

Ernst zu nehmende Fachleute warnen vor noch unbekannten Auswirkungen und Gefahren der unkontrollierten Verwendung chemischer Reinigungsmittel, künstlicher Düngemittel, der Insektizide, einer drohenden radioaktiven Verseuchung, der Lärmplage und dem Nervenverschleiß durch Hektik und Streß, wozu nun noch die bewußte Schädigung durch Suchtgifte kommt.

Wie werden wir einmal im Urteil unserer Nachkommen bestehen können, wenn die Schäden vielleicht irreparabel sind, wenn die Kosten einer Sanierung ins Gigantische gestiegen sind und von der Wirtschaft überhaupt nicht mehr verkraftet werden können?

Dr. Sombart, der auf einer der Humanprogrammkonferenzen gesprochen hat, hat es so ausgedrückt: „Nicht die Atombombe ist die größte Gefahr, sondern die, daß der Mensch in der von ihm neu gestalteten Welt verdurstet, verhungert, sich vergiftet oder einfach wahnsinnig wird.“

Die Menschheit ist wachgerüttelt! Es ertönt aus berufenem Munde Alarmruf auf Alarmruf. In erfreulichem Maße schalten sich auch unsere Massenmedien ein und stellen sich stark in den Dienst der Sache. Immer wieder wird durch sie eindringlich vor der Verseuchung des menschlichen Lebensraumes gewarnt.

Aber, meine Damen und Herren, mit dem ewigen Menetekel allein ist nichts getan. Abhilfe kann nur durch den Gesetzgeber geschaffen werden und setzt die Bereitschaft zu Opfern und Verzicht auf manche liebgewordene Zivilisationserrungenschaft voraus. Diese Sache ist nicht nur eine Angelegenheit der Wissenschaftler, sondern vor allem eine hochpolitische Aufgabe.

Der vom Sozialministerium vorgelegte Bericht erscheint mir eine durchaus geeignete Grundlage für die Ausarbeitung entsprechender Gesetzentwürfe. Denn eines ist klar: Ohne Zwang, ohne gesetzliche Gebote und Verbote für den Staatsbürger, aber auch ohne rechtliche Selbstverpflichtung des Staates und ohne bindende internationale Verträge ist der so dringend notwendige Umweltschutz nicht mehr möglich.

Da das Problem weltweit ist, begrüße ich es sehr, daß in diesem Bericht auf die Zusammen-

arbeit mit internationalen Gremien hingewiesen wird. Es wäre außerordentlich erfreulich, wenn es so rasch wie möglich gelänge, auf allen Sachgebieten der Umwelthygiene auf internationaler Ebene zu einheitlichen Kriterien und Begriffen, zur Festlegung allgemein anerkannter Grenzwerte zu kommen und — auch hier stimme ich mit meinen Vorrednern überein — eine Prioritätenliste zu erstellen. Der Artikel 7 des Berichtes sieht das auch vor, darf aber nicht nur eine platonische Erklärung und schöne Zukunftsmusik sein und bleiben. Er muß mit Unterstützung aller in Frage kommenden Stellen des Staates und der Wirtschaft nun raschest einer Realisierung zugeführt werden.

Wir begrüßen daher diesen Bericht und sehen in ihm einen großen Fortschritt und einen Meilenstein auf dem Weg zur Gesundung unserer Umwelt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Westreicher. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Westreicher** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, daß der Umweltschutz kein Politikum werden darf, daß es nicht so weit kommen darf, daß wir uns hier nach weltanschaulichen Gesichtspunkten auseinandersetzen, sondern die Auseinandersetzung soll heute doch über den vorliegenden Bericht erfolgen, den uns das Bundesministerium für soziale Verwaltung gegeben hat.

Ich glaube, Frau Dr. Hubinek hat diesen Bericht mit Recht kritisiert. Herr Bundesminister! Bereits vor einem Jahr haben Sie laut Regierungsbeschluß als federführender Minister den Vorsitz bei diesen Umweltschutzfragen übernommen, haben uns aber nach mehrmaliger Aufforderung erst heute diesen Bericht vorgelegt.

Dieser Bericht ist mehr oder weniger eine Zusammenstellung der kompetenten Regierungsstellen und der Gesetzesstellen, in denen diese Materie geregelt ist. Der Bericht sagt aber gar nichts aus über die Möglichkeiten und Maßnahmen, die auf finanziellem Gebiet zu treffen wären. Ich glaube, Herr Minister, entweder ist es an den Kompetenzschwierigkeiten, am Koordinieren oder an Dingen gescheitert, die eben so schwierig sind, wie Sie im Ausschuß gesagt haben. Es gibt für den Umweltschutz noch kein Rezept, das müssen wir eben erst erarbeiten. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, zu versuchen, in gemeinsamen Bemühungen für die Bevölkerung Österreichs etwas zu leisten, um das Leben in unserem Lande wieder lebenswert zu machen. Hier wären konkrete Vorschläge zum Schutz der Umwelt, die wir erwartet hätten,

Westreicher

eine echte und zeitgemäße Sozialpolitik gewesen.

Herr Minister! Der Mensch von heute braucht nicht nur die Arbeitszeitverkürzung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freizeit, sondern auch bessere Umweltbedingungen, um den sozialen Fortschritt genießen zu können. Die Zivilisation ist seit jeher ein gewolltes Umkrempeln der Natur. Seit der Mensch tätig ist, hat er seine Umwelt ganz bewußt verändert, um durch Ackerbau, Viehzucht und all das, was man unter dem Sammelnamen Gewerbe und Industrie zusammenfaßt, zu gewinnen, was das Leben möglich und auch möglichst bequem macht.

Der technischen Entwicklung zweiter Teil ist angebrochen. Der Mensch mußte seine Umwelt zu seinen Gunsten möglichst verändern und überwand seine Umwelt dabei so gründlich, daß ihm diese Umwelt zum Problem geworden ist. Nach der Erfindung immer neuer Produktgruppen, bei der man sich völlig auf die Lösung der Probleme konzentriert hatte, müssen wir uns nun damit auseinandersetzen, wie diese neuen Dinge am besten in die Umwelt einzugliedern sind, um den komplizierten Organismus der Natur nicht zu stören und schädliche Folgen zu vermeiden.

Daher ist es notwendig, Umweltgestaltung, und zwar im Sinne eines bewußten, großräumigen Planes, zu betreiben, allerdings nicht in dem Sinn, daß ein aus begrenztem Wissen heraus erstelltes Konzept auf Biegen und Brechen durchgezogen wird, sondern daß man sich bewußt wird, in welcher Umwelt man leben möchte. Es gilt also, den optimalen Kompromiß zu finden, nämlich jenen, der der Integration von Wissenschaft, Wirtschaft und Technik am nächsten kommt und, wie es sich in einem demokratischen Staat gehört, durch Information und Diskussion die Zustimmung der Bevölkerung hiefür findet. Ich glaube, man muß das Bewußtsein in der Bevölkerung fördern, um überhaupt dem Umweltschutz, der für uns so notwendig ist, gerecht zu werden. Nicht mehr, sondern umweltbezogener Gesetz brauchen wir!

Ich darf hier vielleicht ein paar Maßnahmen, die notwendig wären, um diese Gesetze zu beschließen, darlegen. Ich glaube, gerade auf dem Gebiete der Steuerpolitik und der Finanzierungsmöglichkeiten für Umweltinvestitionen wären Maßnahmen für Investitionen des Umweltschutzes helfend. Es ginge hier um die Änderung des Kfz-Steuersystems, nämlich Abgang von der Hubraumsteuer und steuerliche Begünstigung der abgasarmen Verbrennungsmaschinen; Einbeziehung lärm- und abgasmindernder Maßnahmen in die steuerliche Begünstigungsbestimmung; Schaffung

einer wahlweisen Möglichkeit der hundertprozentigen Abschreibung jener Investitionen, die im Interesse der Umwelthygiene gelegen sind; Ausweitung des Umfanges der Abschreibbarkeit für Kläreinrichtungen; Nichtaktivierung des durch die Investitionen für die Kläreinrichtungen entstehenden und außerordentlich problematischen Zuwachses zur Vermögensteuer.

Aber steuerliche Möglichkeiten allein werden uns hier nicht den Stein des Weisen finden lassen, sondern auch die Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen für den Umweltschutz sind notwendig. Für die Gemeinden ist es unumgänglich, daß der kommende Finanzausgleich den neuen Belastungen der Gemeinden stärker Rechnung trägt, daß eine stärkere Berücksichtigung der Vergabe von Sonderkreditmitteln erfolgt.

Ich erwähne weiter: Eröffnung besonderer Kreditmöglichkeiten für Kläreinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft; Einräumung tilgungsfreier Jahre bei Vorhaben mit langer Bauzeit; Eröffnung der Möglichkeiten einer Bürgschaftsübernahme durch die öffentliche Hand zur Einrichtung von Anlagen der Gewässerreinigung; Aufnahme der Aufwendungen des Gewässerschutzes in die langfristige Investitionsplanung des Bundes; Schaffung situationsgerechter Finanzierungshilfen der Länder; Berücksichtigung der Umweltprobleme im Gewerbestrukturverbesserungsgesetz.

Ich glaube, hier könnte man viel Positives, von der Wirtschaft her gesehen, beitragen, um den Umweltschutz konkret anzugehen und zu betreiben. Aber dazu ist es auch notwendig, daß eine Bestandsaufnahme der natürlichen Güter, der technischen Möglichkeiten und der Landschaft an und für sich erfolgt. Luft, Wasser und Boden, früher für eine begrenzte Anzahl von Menschen mit eng begrenztem Verbrauch ein unerschöpfliches Reservoir, sind nun zu quantifizierbaren Wirtschaftsgütern geworden.

Erkannte man früher nach einem alten Sprichwort den größten Bauern daran, daß er den größten Misthaufen hatte, so gilt dieses Kriterium heute für ganze Länder, nur mit dem wesentlichen Unterschied allerdings, daß in den modernen Industriestaaten die Abfälle zu einem wesentlichen Teil in Luft und Wasser wieder zurückgelangen. Diese grundsätzliche Veränderung im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Bewältigung der Umweltverschmutzung.

Was kostet das, und wer soll das eigentlich bezahlen? Die vollständige Sanierung der österreichischen Gewässer würde, wie wir heute bereits vernommen haben, etwa 50 Mil-

Westreidher

liarden Schilling kosten. Doch das ist auch noch eine grobe Schätzung über den Daumen, denn auch hier kann mit konkreten Unterlagen kaum aufgewartet werden. Aber bei den bereits derzeit finanziell fast durchwegs überforderten Gemeinden werden an Investitionen für Wasserversorgung, Kanalisation, Abwasserbereinigung, Müllbeseitigung und raumplanerische Maßnahmen weitere Milliardenbeträge erforderlich sein. Es wird sicherlich notwendig sein, daß wir hier für den Fremdenverkehr Weiteres tun. Denn ohne saubere Luft, ohne saubere Umwelt gibt es keinen Fremdenverkehr.

Paula Preradović preist unser Land in der Bundeshymne als ein Land der Berge, als ein Land der Seen, als ein Land der Täler und der Dome. „Zukunftsreich“ nennt sie es, und heute bekommt gerade dieses Wort noch eine größere Bedeutung in einem von hochindustrialisierten Staaten umgebenen Land wie Österreich. Daß Österreich in allen seinen Landesteilen über reine Luft, reines Wasser und reinen Boden verfügt, ist für ein Fremdenverkehrsland von unserem Range eine unmittelbare Notwendigkeit.

Die Seen- und Flußverschmutzung ist hier ein bedeutendes Problem und bereits von mehreren Abgeordneten angeschnitten worden. Aber Toleranzgrenzen, wie sie in anderen Industriegebieten gelten, müssen unter diesem Aspekt noch weit unterschritten werden. Das ist in den meisten Fremdenverkehrsgebieten heute wohl noch der Fall, doch gerade in diesen Gebieten ist es erforderlich, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um auch bei einer weit höheren Wohndichte die Umwelt eines locker besiedelten und naturbelassenen Gebietes zu erhalten: ein Umstand, dessen Marktwert mit zunehmender Seltenheit überdurchschnittlich steigen wird.

Daher fordere ich die Bundesregierung auf, einen Umweltpaß für Fremdenverkehrsgebiete zu erarbeiten — er könnte sich in der Zukunft sehr werbewirksam erweisen —, der über die Reinheit der Gewässer und der Luft wissenschaftlich fundierte Auskunft gibt.

Am Schluß meiner Ausführungen möchte ich an alle hier im Hause Anwesenden appellieren, den Umweltschutz ernst zu nehmen und gemeinsam zu arbeiten, um hier einen Fortschritt zu erzielen. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat auf diesem Gebiet bereits schrittmachend gearbeitet und eine Beratungsstelle errichtet, wo sich jedermann informieren, Ratschläge und auch Hilfe holen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht die Frau Berichterstatterin ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatter beitreten, den gegenständlichen Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig geschehen.

12. Punkt: Erste Lesung des Antrages 75/A (II-1254 der Beilagen) der Abgeordneten Ing. Helbich und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Beseitigung von Gefahrenstellen im österreichischen Bundesstraßennetz (Gefahrenstellenbeseitigung)

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zum 12. und letzten Punkt der Tagesordnung: Erste Lesung des Antrages (75/A) der Abgeordneten Ing. Helbich und Genossen: Bundesgesetz über die Beseitigung von Gefahrenstellen im österreichischen Bundesstraßennetz (Gefahrenstellenbeseitigung).

Zunächst erteile ich gemäß § 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung dem Antragsteller Herrn Abgeordneten Ing. Helbich das Wort zur Begründung.

Abgeordneter Ing. **Helbich** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begründe den Antrag wie folgt:

Es kommt eine Welle der Motorisierung auf uns zu, in den nächsten zwanzig Jahren wird sich die Zahl der Kraftfahrzeuge verdoppeln. Es genügt nicht, daß wir Straßen auf dem Papier schaffen, wir brauchen mehr vollausgebaute Straßen, wir brauchen sichere Straßen. Wir haben jetzt gerade die Neubewertung hinter uns, wir werden in den nächsten Wochen wahrscheinlich die Bundesstraßengesetznovelle 1971 beschließen, wo wir wieder 1300 km neue Bundesstraßen bekommen. Wir brauchen daher eine neue Rangordnung im Straßenbau.

Warum das? Die Straßen sind in der Zukunft von noch größerer Bedeutung wegen der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Gesamtwirtschaft. Der Fremdenverkehr hat eine ganz entscheidende Rolle. Vergessen wir nicht, daß 80 Prozent der Fremden auf den Straßen nach Österreich kommen. Der Ausländerüberschreitungsverkehr hat sich im vergangenen Jahr um 12 Prozent erhöht, die Übernachtungen um 15 Prozent, die Deviseneinnahmen waren fast eine Milliarde Dollar. *(Unruhe.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte um Ruhe, noch ein paar Minuten!

Abgeordneter Ing. **Helbich** (fortsetzend): Der motorisierte Verkehr erbringt gewaltige Leistungen, mehr, als für den Straßenbau ausgegeben wird. Alle Steuerleistungen, die vom motorisierten Verkehr kommen, haben im Jahre 1970 rund 9 Milliarden Schilling ausgemacht und werden 1971 rund 9,6 Milliarden Schilling ausmachen; es werden nur rund 5,9 Milliarden Schilling für den Straßenbau ausgegeben.

Die Wegekostenrechnung hat ergeben, daß auch aus dem allgemeinen Topf etwas für den Straßenbau getan werden soll und muß. Aus dem allgemeinen Budget sollen rund 10 Prozent für die Autobahnen kommen, 20 bis 30 Prozent für die Bundesstraßen und für die Landes- und Gemeindestraßen 40 bis 60 Prozent. Sie werden sagen: Das war ja noch nie der Fall! — Das ist nicht richtig. In den vergangenen Jahren sind sehr, sehr hohe Beträge für den allgemeinen Straßenbau ausgegeben worden, nämlich allein für den Autobahnbau 6,3 Milliarden Schilling, so zum Beispiel im Jahre 1961 fast 1 Milliarde Schilling. Wenn wir sehen, daß die Welle der Motorisierung auf uns zukommt, und wenn wir durch Fachgutachten feststellen, daß wir hier zu langsam sind, dann müssen wir etwas tun, und es muß getrachtet werden, einen Beitrag aus den allgemeinen Mitteln für den Straßenbau zu bekommen.

Es gibt sehr große Gefahrenstellen, die Unfallziffern sind sehr hoch. Ich freue mich sehr, daß auch am vergangenen Samstag oder Sonntag der ARBO in seiner Bundesversammlung in Graz festgestellt hat, daß die Aktion gegen den Verkehrstod gefördert werden soll, daß etwas gemacht werden soll, da in den letzten zehn Jahren in Österreich so viele Leute im Straßenverkehr zugrunde gegangen sind wie Einwohner einer mittleren Stadt.

Ich würde es also sehr begrüßen, wenn diese Initiative, die wir hier vorlegen, auch die Unterstützung der beiden anderen Parteien finden würde. In einer Zeit, in der sehr viel vom Umweltschutz und allem Möglichen geredet wird, würde ich sehr, sehr bitten, daß man auch diesem schwierigen Problem der besonderen Gefahrenstellen einen entscheidenden Platz einräumt. Wir schlagen vor, daß im Zuge dieses Initiativantrages im Budget 1972 bis 1975 je 100 Millionen zur Beseitigung dieser Gefahrenstellen aus dem allgemeinen Budget kommen mögen, also eine Initiative: Schach den Verkehrsfällen, Schach dem Verkehrstod, weg mit den Verkehrshindernissen!

Es gibt genügend Unterlagen, die vom Kuratorium für Verkehrssicherheit und von anderen Stellen erarbeitet wurden, die Polizeiberichte, Gendarmerieberichte, wo genau fest-

gelegt werden kann und festgelegt worden ist, wo diese besonderen Gefahrenstellen sind.

Und vergessen wir nicht, daß die Geschädigten ja in sehr hohem Maße Unselbständige sind. Wir wissen, daß 72 Prozent der PKW-Besitzer in Österreich Unselbständige sind. Daher müßte man unbedingt trachten, daß diese Gefahrenstellen beseitigt werden.

Ich will es kurz machen, wie es mir beim Hergehen zum Rednerpult von allen Seiten empfohlen wurde. Darf ich nur kurz sagen, daß aus allen Verkehrsunfällen, wenn man sie mit den Todesfällen rechnet, volkswirtschaftlich gesehen dem Staate, der gesamten Volkswirtschaft ein Schaden von rund 8,5 Milliarden Schilling jährlich erwächst. Wenn wir daher die Investition von 100 Millionen machen, so ist eine sehr, sehr hohe Rentabilität gegeben.

Der Herr Finanzminister ist ja ein Bleistift-Mann. Er ist für die gesamte Volkswirtschaft zuständig. Wenn er das überlegt, so würden wir uns vorstellen, daß sicherlich ein Platz für 100 Millionen im Budget 1972 vorhanden ist.

Was soll also nun geschehen? Wir wollen in den nächsten vier Jahren je 100 Millionen haben, damit die 139 Gefahrenstellen, die es zurzeit in Österreich laut der letzten Aufnahme gibt, beseitigt werden können. Ich bitte daher das Hohe Haus um Unterstützung dieses Antrages, denn das Leben hat Vorrang, weg mit den Gefahrenstellen, Schach dem Verkehrstod! — Danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Im Sinne des gestellten Antrages nehme ich — falls kein Widerspruch erhoben wird — die Zuweisung des Antrages 75/A an den Bautenausschuß vor.

Wird ein Widerspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall. Der Antrag 75/A ist somit dem Bautenausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 30. Juni 1971, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Erstens: Zweite Lesung der Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Angestelltengesetz neuerlich geändert wird (134 der Beilagen)

Zweitens: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-55 der Beilagen) über Haftungsübernahmen des Bundes im 2. Halbjahr 1970 (493 der Beilagen).

Die Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 5 Minuten